

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgepaltene Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
Verkehrs- und Besondere-Anzeigen
sowie Arbeitsmarkt 20 Pf.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 11. August 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Die nahende Katastrophe in Indien.

Von G. M. Gyneman. II.

Ueber die Ausfugung Indiens durch den Abzug seines Reichthums nach England habe ich mich in meinem Artikel, der aus der 'Petite Republique' in den 'Vorwärts' überging, des näheren ausgesprochen. Dank der fortwährenden und stets sich steigenden 'Europaisierung' des gesammten indischen Gebiets vermehrt sich auch beständig die Summe des Reichthums, der aus Indien nach England geschleppt wird, und das Volk wird immer rascher dem Ruin zugeführt.

Und Indien hat keinen Appell. Indien kann nicht einmal durch seine Stimme das Haus der Gemeinen beeinflussen, wie Irland dies kann. Für Indien giebt es keine Hoffnung der Gerechtigkeit von England, denn unsere beiden regierenden Parteien sind in einer permanenten Liga zu dem Zweck, Indien lieber seine Lebensbedingungen zu entziehen, als auf diese Politik der Räuberei und des Unrechts zu verzichten.

Zur Beschönigung des gegenwärtigen Zustands wird geltend gemacht, daß wir Indien nicht nur den Frieden gegeben, sondern es auch mit Eisenbahnen und anderen großen öffentlichen Arbeiten beschenkt haben. Was den Frieden, die sog. Pax Britannica (lat., auf deutsch britischer Frieden) betrifft, auf den wir uns so viel zu gute thun, so sei nur erwähnt, daß, wie der Dichter sagt: 'dem Frieden nicht kleinere Greuel gehören als dem Krieg.' Für mein Theil, wenn ich ein Indier wäre, so würde ich lieber Gefahr laufen, im Krieg oder durch einen Pathan- oder Mahratta-Freibeuter zusammengehauen zu werden, als mein ganzes elendes Leben lang im Frieden zu hungern, und schließlich im Frieden Hungers zu sterben.

Aber nun die öffentlichen Arbeiten! Das Departement der öffentlichen Arbeiten in Britisch-Indien ist die verschwenderischste (most extravagant) und unfähigste Behörde der Welt. Kasernen, mit riesigen Kosten erbaut, die plötzlich einfallen; Brücken, im Bett von Wildwässern errichtet, die im Nu von den angeschwollenen Fluthen weggeführt werden; Bewässerungswerke, welche die Fruchtbarkeit weiter Landstriche zerstört haben, weil sie schädliche Niederschläge mit dem Wasser verbreiten — das sind die Thaten des famosen 'P. W. D.' (Public Works Department) — des Departements öffentlicher Arbeiten in Indien. Jetzt ist hier eine kleine Besserung eingetreten, und die Haupt-Eisenbahnen sind jetzt gut, wenn auch unstufig theuer verwaltet.

Aber Eisenbahnen und selbst Bewässerungswerke, die mit, den Indiern genommenem und ihnen dann gegen hohe Zinsen zurückgeliehemem Kapital gebaut sind, unterscheiden sich sehr wesentlich von ähnlichen Arbeiten, die von den Eingeborenen selbst errichtet sind. Eogar das reiche und sich rasch entwickelnde Argentinien, und bis zu einem gewissen Grade sogar die amerikanischen Weststaaten haben dies erlitten, und sie haben keine Zinsen gezahlt. Aber Indien muß zahlen oder zu hohen Zinsen das Geld borgen, es mag wollen oder nicht. Und so geht das Verderben seinen Gang.

Ganz neuerdings erst wurden 17 junge, unerfahrene Engländer in die Verwaltung der Unterstützungsarbeiten zu Wehar gebracht, natürlich mit sehr selten Gehältern, und erfahrene, tüchtige Eingeborene wurden entfernt, welche die Arbeit weit besser und für zehnmal weniger Geld gethan hätten. Bei allen öffentlichen Arbeiten ist die verbrüchliche 'Europaisierung' in allen höheren Stellen unverbrüchliche Regel, von der es so gut wie keine Ausnahme giebt. Statt die Eingeborenen zu erheben, drücken wir sie herab. Die Schamlosigkeit, mit welcher der Haupttheil des 'Versicherungsfonds

gegen Hungersnoth' zu anderen, rein englischen Zwecken verwandt wurde, ist in frischem Gedächtniß, und ich will nicht dabei verweilen. Genug: die Gelder, die für das Wohl der Eingeborenen bestimmt waren, wanderten meist entweder in englische Taschen oder wurden zu Dingen gebraucht, die mit Verhütung der Hungersnoth direkt oder indirekt nicht das entfernteste zu thun hatten. Und solche Schurkereien sind an der Tagesordnung.

Indien ist bankrott. Ohne die großen Goldanleihen, die voriges Jahr und dieses Jahr unter schweren Bedingungen in London aufgenommen wurden, hätte dieser Bankrott der Welt erklärt werden müssen. Und doch, bankrott wie Indien ist, auf die eine oder andere Weise wird dem unglücklichen Volk selbst in diesem gräßlichen Hungerjahr nicht nur so viel ausgepreßt werden, daß außer den Zinsen für die Anleihen noch der riesige Jahresbeitrag bezahlt wird, den wir erheischen, sondern darüber hinaus noch tatsächlich ein Bonus, d. h. eine Extradividende, neben der gewöhnlichen Dividende, für die englischen Eisenbahn-Aktionäre — zum Dank für die Dienste, welche sie den Eingeborenen dadurch geleistet haben, daß sie ihre Eisenbahnen zur Beförderung von Korn und sonstigen Lebensmitteln in die Hungerdistrikte gnädig hergaben! Das ist englische Gerechtigkeit in Indien!

Ohne Hoffnung, für diese beraubten und zu Grunde gerichteten 250 Millionen Menschen von der Regierung Gerechtigkeit und Hilfe zu erlangen, siehe ich als Engländer, daß ich mit Freunden der Bewegung entgegenstehe, die aus dem indischen Volke selbst kommen muß. Das Unrecht muß seine eigene Nemesis schaffen. Jetzt ist meines Erachtens die Zeit noch nicht; aber wenn die Bewegung kommt, dann wird sie eine wirtschaftliche und politische Katastrophe bringen, welche das Staunen der Welt erregen wird.*

Zur Belehrung der Ausnahme-gesetz-Fanatiker.

Spanien ist im Besitze einer Musterkarte von Gesetzen, die man gegen unbequeme Leute, die nur vorher zu Anarchisten geflemmelt werden müssen, anwenden kann. Gemeines Recht und Ausnahme-gesetz stehen in diesem Lande, wo ein Bruder Stumm's lange genug das Deutsche Reich diplomatisch vertreten hat, den Nachhabern zur Verfügung.

Das spanische Strafgesetzbuch von 1870/76 enthält eine Reihe schwerer Strafbestimmungen gegen revolutionäre Bewegungen, Strafbestimmungen, die vielfach auch auf wirkliche oder bloß polizeilich geflemmelte Anarchisten angewandt wurden. Wir zitiren bloß die wichtigsten dieser Bestimmungen:

Artikel 248. Es werden bestraft wie Diebesen mit schwerem Gefängnis: Diejenigen, welche die Truppen oder eine andere Klasse der bewaffneten Macht der Armee oder Marine zur Begehung des Verbrechens der Rebellion verleiten.

Artikel 249. Die Verabredung zum Verbrechen der Rebellion wird bestraft mit korrekzionellem Gefängnis mittleren oder höchsten Grades. Das Erbieten wird bestraft mit korrekzionellem Gefängnis niedrigsten oder mittleren Grades.

Artikel 273. Es sehen sich ebenfalls der Strafe des schärferen Arrestes, wenn nicht nach Maßgabe eines anderen Artikels dieses Gesetzes, eine schwerere Strafe vermerkt ist, diejenigen aus, welche in einer Versammlung oder einem Vereine oder an einem öffentlichen Orte Rufe ausstoßen, die zur Rebellion oder zum Aufstand auffordern, sowie diejenigen, welche an denselben Orten Inschriften oder Banner zur Schau tragen, die unmittelbar zur Störung der öffentlichen Ordnung auffordern.

Artikel 592. Diejenigen, welche durch Druck, Stich oder ein anderes mechanisches Mittel der Veröffentlichung, unmittelbar zur Begehung eines in diesem Gesetze vorgesehenen Vergehens auffordern, verfallen in eine Strafe, welche um zwei Grade geringer ist, als die für das Vergehen angedrohte.

Artikel 598. Wenn die Aufforderung die Begehung des Vergehens zur Folge hatte, so ist die Strafe der Aufforderung die um einen Grad niedrigere, als die für das Vergehen angedrohte.

Artikel 594. Es verfallen in eine Geldstrafe von 25 bis 125 Pesetas: Diejenigen, welche durch die gleichen Mittel bösslicher Weise falsche Nachrichten veröffentlichen, welche eine Gefahr für die öffentliche Ordnung oder eine Schädigung der Interessen oder des Kredit des Staats herbeiführen können;

* Die Uebersetzung meines Artikels über Indien im 'Vorwärts' vom 9. Juli enthält infolge eines Druckfehlers der 'Petite Republique' einen Irrthum. Ich sagte nicht, daß der größere Theil des bebauten Landes in Indien keine Früchte trägt, die nicht als Nahrung dienen. Ich schrieb 'ein großer Theil'.

*) Außerdem wird bestraft die Verabredung zum Königsmord (mit zeitlichem Zuchthaus, von 12 bis 20 Jahren, Artikel 158), zur Ermordung des Thronfolgers (mit schwerem Gefängnis mittleren bis höchsten Grades, von 8 bis 12 Jahren, Artikel 163), zu Landesverrath ('traicion'), mit schwerer Festungshaft, von 6 bis 12 Jahren, Artikel 199), zu Aufstand ('sedicion'), mit korrekzionellem Gefängnis niedrigsten Grades, von 6 Monaten bis zwei Jahren und 4 Monaten, Artikel 254); sowie das Erbieten zu denselben Delikten, mit Ausnahme des Aufstehs.

*) 2 Jahre 4 Monate bis 6 Jahre.
*) 6 Monate bis 4 Jahre 2 Monate.
*) Von 1 Monat bis zu 6 Monaten.
*) Druck, Lithographie oder ein anderes Mittel der Veröffentlichung.

diesjenigen, welche in gleicher Form, ohne sich eines Vergehens schuldig zu machen, zum Ungehorsam gegen die bestehenden Gesetze und Obergewalten auffordern, oder Handlungen, die das Gesetz als Vergehen bezeichnet, vertheidigen oder die Moral, die guten Sitten oder den öffentlichen Anstand verletzen; diejenigen, welche bösslicher Weise amtliche Verfügungen, Beschlüsse oder Urkunden ohne die erforderliche Erlaubniß veröffentlichen, bevor dieselben amtlich bekannt gemacht sind.

Dieses Gesetz hat unseren Umsturz-gesetz-Versassern bekanntlich so gut gefallen, daß sie zur Begründung ihrer Vorlage auf dieses herrliche spanische Vorbild hingewiesen haben. Wie wenig freilich dieses Gesetz im Stande war, revolutionäre Bestrebungen und anarchistische Akte zu verhindern, beweist Spaniens Geschichte seit 1870: 1870 wurde Amadeus von Savoyen auf den Thron gehoben, von dem Isabella von Bourbon vor kurzem vertrieben war, 1873 wurde Amadeus vertrieben und die Republik proklamirt. Ende 1874 stürzten monarchische Hochverräther dann die Republik und riefen Alphonso von Bourbon, den Sohn der Isabella, auf den spanischen Thron. Jahrelang dauerten unterdessen im Süden separatistische, zum Theil auch anarchistische Aufstände, die mit der gewaltsamen Eroberung Carthagens ihren Abschluß fanden, der große weitverzweigte anarchistische Geheimbund Schwarze Hand (Manu negra) gewann zahlreiche Anhänger und im Norden bereitete die 'legitimistische' Rebellion der Karlisten trotz dieses Gesetzes den verschiedenen spanischen Regierungen die größten Schwierigkeiten.

Aber statt ein Gesetz, dessen Nuthlosigkeit auch für die Herrschenden durch den Gang der Ereignisse klar erwiesen war, abzuschaffen, arbeitete nach der Ermordung Carnot's durch Caserio das 'liberale' Kabinet Sagasta ein Ausnahme-gesetz aus, das von den Kammern angenommen und am 7. Juli 1894 publizirt wurde. Der wesentliche Inhalt desselben ist:

Auf Attentate mit Explosivstoffen gegen Personen und Gebäude steht, falls dadurch tödliche Wirkungen oder Verletzungen verursacht wurden, die Todesstrafe oder lebenslängliche Zwangsarbeit. Falls die Explosivstoffe in Gebäuden oder bewohnten Räumen, wo sie Personen beschädigen konnten, niedergelegt wurden, wird über die Urheber Zwangsarbeit oder Todesstrafe verhängt. Werden die Explosivstoffe außerhalb solcher Räume niedergelegt, ohne Personen zu verletzen, so verfällt der Urheber der Zwangsarbeit. Die gleiche Strafe wird über denjenigen verhängt, der Explosivstoffe besitzt, ohne dies ausreichend begründen zu können, ferner über solche, die Materialien zur Erzeugung von Explosivstoffen für verbrecherische Zwecke verkaufen. Die Propaganda und Verherrlichung von anarchischen Verbrechen wird mit schweren Strafen geahndet und zwar, falls die betreffenden Personen als Miturheber von solchen Verbrechen angesehen werden können, mit den gleichen Strafen wie die Urheber. Anarchistische Vereinigungen sind unter Androhung von Freiheitsstrafen für ihre Mitglieder verboten.

Und die Wirkung dieses Gesetzes? Sie ist null. Das fürchterliche von der spanischen Regierung wenigstens den Anarchisten zugeschriebene Attentat gegen eine harmlose Prozeßion in Barcelona fand statt unter der Herrschaft dieses Gesetzes.

Und was that nun das konservative Kabinet Canovas, das an die Stelle des liberalen Kabinet Sagasta getreten war? Es ließ nicht nur Verdächtige und unzuverlässige Unschuldige soltern, quälen, mit allen Mitteln raffinirtester Brutalität behandeln, widerrechtlich der Freiheit berauben, es begnügte sich nicht mit der allerschärfsten Anwendung des überstrengen gemeinen Rechts und des grausamen Ausnahmegesetzes Sagasta's, nein ohne jede Rücksicht auf den Satz Cavour's, daß mit Ausnahme-gesetzen jeder Esel regieren könne, wurde ein ganz neues Ausnahme-gesetz ausgearbeitet und von den Cortes beschloffen. Dasselbe hat folgenden Wortlaut:

- 1. Alle Verbrechen, begangen durch Explosivstoffe, unterstehen den Kriegsgerichten.
2. Die Urheber und Theilnehmer solcher Verbrechen werden mit dem Tode bestraft. Die Verschwörer sind zu verurtheilen zu zeitiger oder lebenslänglicher Verbannung.
3. Die Aufforderung zu solchen Verbrechen durch Reden, Zeitungsartikel, Pläne wird mit lebenslänglicher Zwangsarbeit bestraft, sofern die Aufforderung von Erfolg begleitet gewesen ist.
4. Die Regierung kann die anarchischen Zeitungen verbieten und die anarchischen Vereine auflösen.
5. Die Regierung kann diejenigen, welche anarchischen Tendenzen huldigen, des Landes verweisen; falls sie zurückkehren, sind sie in eine entlegene Kolonie zu bringen.
6. Der Kriegsminister, der Minister der Justiz und der des Innern haben die nöthigen Instruktionen über die Anwendung dieses Gesetzes zu veröffentlichen.
7. Dieses Gesetz hat vier Jahre lang Gültigkeit, es kann nach Ablauf derselben erneuert werden.
8. Die Bestimmungen des Gesetzes von 1894, welche durch dieses Gesetz nicht modifizirt sind, bleiben in Kraft.

Und unter der Herrschaft dieses Gesetzes, dem noch dazu in der Anwendung rückwirkende Kraft gegeben wurde, ist der Urheber des Gesetzes, der konservative spanische Ministerpräsident Oxyer eines Attentates geworden, das wenigstens in den offiziellen spanischen Depeschen als anarchischer Racheakt charakterisirt wird.

Und die Landsknechte der Feder, die von den Schlotbaronen des Westens Handgeld und Beute-Antheil erhalten, rufen nach dem Attentate gegen Canovas nach Ausnahme-gesetzen gegen das kleine, überaus harmlose und noch

dazu in sich gespaltenen Häuflein deutscher Anarchisten und namentlich gegen die deutsche Sozialdemokratie. Wohl wissen sie, daß die Sozialdemokratie im allgemeinen und die deutsche in speziellen die Propaganda der That und die Attentäterei stets theoretisch und praktisch bekämpft haben, aber darauf kommt es ihnen ja nicht an. Die Sozialdemokratie wird gehaßt und gefürchtet von ihren Brotherrn, Streiks der Arbeiter sind diesen unangenehm, in gemeinschaftlichen Organisationen sehen sie Mittel zur Schwächung ihres Profits; die lex Medea-Jedlitz ist abgelehnt, so soll wie anno 1894 anlässlich der Ermordung Carnot's nun die Canova's zum Anlaß eines Vernichtungszuges gegen die deutsche Sozialdemokratie werden. In gutem Willen fehlt es selbstverständlich nicht den Medea, Jedlitz und Genossen, sie unterschätzen aber dabei doch die Fähigkeit des deutschen Volkes zu logischer Denkfähigkeit.

Spaniens Geschichte seit 1870 beweist nichts anderes als die völlige Anziosigkeit all der von den Jedlitz gerühmten Mitteln gegen Bestrebungen, die den jeweilig Herrschenden unangenehm sind. Und wäre dem auch nicht so, so fehlt doch jede Möglichkeit, einen Zusammenhang zwischen deutscher Sozialdemokratie und anarchistischer Bewegung überhaupt oder gar südeuropäischer im speziellen zu erweisen.

Das wird die Leute von der „Post“, den „Berl. Neueste Nachr.“, „Berl. pol. Nachr.“, „Reichskorrespondenz“, „Deutsche volkst. Korresp.“ und wie die Schleifsteine in und außerhalb des Herrschergebietes des Königs Stimm alle heißen, nicht abhalten, nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie sich kreischend heifer zu schreien.

Sie werden aber diesmal kein Glück haben.

Politische Ueberblick.

Berlin, 10. August.

Die enthusiastischen Berichte über den Aufenthalt des deutschen Kaisers in Petersburg dauern fort, und der Enthusiasmus steigert sich sogar, was programmäßig bis zur Abreise des Kaisers fortgesetzt werden muß. Neues ist nicht zu verzeichnen. Was einiges nachzutragen und zu bemerken. Zunächst, daß der Trinkpruch des russischen Jaren, der überhaupt ein sehr einfühlgiger junger Mann zu sein scheint, nur höchstens ein Drittel so lang ist, wie die Antwort des deutschen Kaisers, der auch weit begeisterter sprach, und zu der, beiden Monarchen gemeinsamen Versicherung der Friedensliebe noch die Versicherung hinzufügte, etwaigen Friedensstörungen entgegenzutreten zu wollen. Da wäre schon ein Häkchen, an das die Spinnweben der „Heiligen Allianz“ sich anheften ließen.

Auffälligerweise werden in dem Antwortstoß des Kaisers auch die kulturellen Aufgaben der Völker betont. Wir sagen „auffälligerweise“, weil wir in jüngster Zeit nur von Aufgaben gegen den „Umsturz“ gehört haben. Oder sollten dieselben Aufgaben gemeint sein? Man erinnert sich des bekannten Knackjuch-Bildes, das den „Schutz der heiligsten Güter“ gegen die östliche Gefahr, hinter der sich aber der „Umsturz“ verbirgt, den Völkern zur Pflicht macht. Kultur und Kultur ist eben zweierlei. Für einen chinesischen Mandarin ist der Popi, für einen russischen Politiker die Krone der Stoppel aller Kultur.

Verschiedene deutsche Zeitungen — von der patriotischen und loyalen Sorte — wissen anlässlich der Petersburger Reise viel von der außerordentlichen Anerkennung zu erzählen, die sich die deutsche Politik in Russland erworben hätte. „Anerkennung“ ist wohl nicht das richtige Wort. Jedenfalls wird der deutschen Politik in Petersburg eine gute Jenzur ausgestellt. Und wahrhaftig, sie hat sie verdient. Von dem Augenblicke an, wo das Deutsche Reich nach beendigten chinesisch-japanischen Krieg auf Seiten Russlands gegen England trat und den Japanern in den Arm fiel, hat die deutsche Politik kein anderes Ziel gehabt, als Russland Dienste zu leisten.

Häuft Bismarck, dem die russische Diplomatie 1878 durch den Mund des Herrn v. Siers das Zeugnis gab, „er sei russischer als die Russen“, ist durch seine Nachfolger noch übertroffen worden. Das Deutsche Reich hat seit Jahren nach Außen nur noch eine Politik mit Russland.

Und der Dank dafür?

Nun, wenn Faure zum „Väterchen“ kommt, und die russischen Matrosen statt mit deutschen, mit französischen Matrosen Wuttilk vertilgen, dann werden wir sehen. —

Die Agrarkrise. In der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ unterwirft der bekannte konservative Sozialpolitiker Dr. Rudolph Meyer die Agrarkrise in Deutschland einer sehr eingehenden Untersuchung. Aus umfangreichen Statistiken der Getreide-, Pacht- und Grundstückspreise verschiedener Theile Norddeutschlands in den letzten 30 Jahren zieht er den Schluss, daß die Agrarkrise nicht durch den Fall der Getreidepreise, sondern durch die zu hohen Pacht- und Grundstückspreise verschuldet ist, in welche die verschiedenen staatlichen Subventionen wie die agrarischen Liebesgaben und Lebensmittelpreise als sichere Bestandtheile der Grundrente mit einbezogen sind. An diese Beweisführung knüpft Dr. Rudolph Meyer bemerkenswerthe politische Betrachtungen. Er schreibt u. a.:

Die Technik sieht den Fortschritt in der Herabsetzung der Produktionskosten, und sowie die Geldpreise sich gesetzt haben, ohne neue Störung weiter funktionieren, sehen wir den allmählichen Preisfall der Produkte, dank der Fortschritte der Technik. Dieses alte Gesetz wollen die Agrarier todtschlagen. Der Preis ihrer Produkte soll stabil bleiben, obzwar auch sie von den Fortschritten der Technik in Form ermäßigter Produktionskosten profitieren würden. Der normale Weizenpreis auf dem europäischen freien Markt war in den letzten Jahren etwa 11 M. pro Meterzentner. Die deutschen Agrarier erhielten ca. 14—15 M., dank den Schutzzöllen, aber diese Preise schwanken wohl von 12—17 M. Hiermit, obzwar sie 2 1/2 M. über den Weltmarktpreis erhalten, sind sie aber nicht zufrieden und nun verlangen sie, der Weizenpreis soll fest bleiben und 22 M. betragen für alle Zeiten. Die Fortschritte der Produktion mögen ihn auf dem freien Markt auf 10 oder 9 M. drücken, die deutschen Agrarier sollen nach wie vor 22 M. erhalten. Ein stabiler Getreidepreis bedeutet eine gesicherte garantierte Steigerung der Grundrente um den Betrag der fallenden Produktionskosten. Das wollen die Agrarier sich jetzt verschaffen. Wodurch? Nicht durch ihre Arbeit, sondern durch Gebrauch politischer Uebermacht. Also müssen sie vor allen Dingen diese erlangen, und dazu haben sie den Bund der Landwirthe organisiert, mit seiner Presse, seinen Vereinen, seinen Wanderpredigern. Diese Organisation ist leiser und wirksamer als die sozialdemokratische, wenn sie auch noch viel weniger Teilnehmer hat, aber jeder einzelne derselben ist wirtschaftlich potenter als ein Sozialdemokrat. Die Organisation hat ein Budget von circa 1/2 Million Mark im Jahre. Niemals ist Geld profitabler angelegt worden. Der Tribut, welchen die Grundbesitzer vom deutschen Volk erheben, beträgt schon über 300 Millionen Mark im Jahre und soll noch erhöht werden. Er beruht ganz und gar auf der politischen Agitation, die nur 1/2 v. Ct. von dem kostet, was sie einbringt. Was soll man sich da noch mit Verbesserung der landwirtschaftlichen Technik befassen, was doch nur lächerlich wenig einbringen kann — läßt uns politisch werden! Vom politischen Erfolg oder Mißgeschick

der Agrarier hängt die Größe der Grundrente und die Höhe der Güterpreise fortan ab. Allein zu schwach, haben sie sich schon einmal mit der anderen Klasse von Produzenten, den Industriellen, verbunden und sind seit einigen Jahren dabei, mit ihnen ein neues Kartell zu schließen. Weil dieses aber allein gegenüber der Fortschrittspartei, dem Zentrum und den Sozialdemokraten noch nicht über die Majorität des Reichstages verfügt, streben sie die Beschränkung des Wahlrechts an. Das ist alles sehr logisch, klar und durchsichtig. Aus der alten konservativen Junkerpartei, welche noch politischen Prinzipien folgte, ist eine agrar-kapitalistische Partei geworden, welche nur ihre pekuniären Interessen auf Kosten ihrer Mitbürger zu fördern sucht. Von ihrem Erfolge oder Mißgeschick auf dem Boden der Politik hängt es ab, ob die Grundrente und der Güterpreis in Deutschland steigen oder fallen wird. Eine der tollsten, aber auch interessantesten Erscheinungen auf dem Boden des aufstrebenden Kapitalismus.

Das neue Kartell der Produzenten „in Stadt und Land“ muß eine geschlossene Opposition aller Konumenten im Reich erzeugen. Das Kartell, welches vielleicht in Zoll- und Prämiensteuer und Wegung mehr vom Reich empfangt als es ihm zahlt, muß alle anderen Steuerträger gegen sich vereinen, und da die größte organisierte Partei der Konumenten und Steuerträger die Sozialdemokratie ist, so wird diese wohl auch aus den ärmeren, z. B. Beamtenkreisen, einen willigen Mitgliederzuwachs beziehen. —

Warum es in der Schweiz keine Sozialdemokratischen Handlungen gibt, das wird jedem klar, der nachfolgende, dem „Grübler“ in Zürich entnommene Notiz liest:

Militärschinderer! Im „St. Galler Landboten“ führt ein Einseher bittere Klage über die Behandlung, welcher die Soldaten in der Nachdienstschule in Wollensdorf ausgeübt waren. Als besonders „schneidend“ wurden die Hauptleute Gagli und Brunner bezeichnet. Für jede Kleinigkeit gab es 24 oder 48 Stunden Arrest. Von den 260 Mann kamen etwa 70 in Arrest. „Ich machte den fünften Wiederholungskurs mit und weiß, was Militärdienst ist, aber solche Unverschämtheiten habe ich noch nie erlebt“, schreibt der Einseher. Nach der Entlassung unterzeichneten neun Zehntel der Kursthilnehmer eine Beschwerdeschrift an das Plakkommando und an das Militärdepartement in Bern. Wenn letzteres nicht will, daß die Erbitterung der Wehrmänner über die Freiheiten gewisser Herren nicht zu Ausdehnungen führt, dann wird es sofort eine strenge Untersuchung einleiten und unanständig jeden bestrafen, der sich gegen das Recht und die Ehre des Schweizer Soldaten vergangen hat. Wir sind überzeugt, daß, vorausgesetzt, die Thatsachen seien genau berichtet, der Ober des eidgenössischen Militärdepartements, Herr Bundesrath Müller, dafür sorgen wird, daß gründliche Abhilfe geschaffen wird.

So das schweizerische Wort.

Aus dieser Notiz erhellt, daß der Schweizer Wehrmann im Dienst unter strenger Disziplin steht, wogegen niemand etwas einwenden kann; daß der Vorgesetzte, falls er es für nötig hält, empfindliche Strafen verhängen kann; daß aber der Befragte nicht bloß das Scheinrecht, sondern das wirkliche und wirksame Recht hat, sich zu beschweren; daß er auch das Recht hat, an die Öffentlichkeit zu appellieren, was in Deutschland bei schwerer Strafe verboten.

Und wenn wir hierzu noch anfügen, daß der schweizerische Wehrmann nur für wenige Monate und Wochen im Dienst ist, und sofort nach der Entlassung mit seinem Vorgesetzten auf gleichem Fuße steht, so ergibt es sich, daß Soldatenmishandlungen, wie die, gegen welche das Rundschreiben des Prinzen Georg zu Sachsen sich wendet, in der Schweiz einfach unmöglich sind. Verbietet schon das demokratische Gleichheitsgefühl, einen Mannchen als ein untergeordnetes Wesen zu betrachten und zu behandeln, so gewährt einerseits die Kürze der militärischen Unterordnung, andererseits die Gewissheit, daß jeder Ausbreitung von Vorgesetzten in kürzester Frist die Strafe auf dem Fuß folgen muß, eine sichere Bürgschaft wider Soldatenmishandlungen. —

Spanien theilt sich mit Russland in die Ehre, die meisten politischen Mordhandlungen zu haben. Es liegt das in dem leidenschaftlichen Charakter des Volkes, während in Russland die vollständige Unterdrückung jeder freien Meinungsäußerung die Schuld trägt. Daß vier Fünftel aller russischen Jaren seit Mitte des sechzehnten Jahrhunderts keines natürlichen Todes gestorben sind, ist eine bekannte geschichtliche Thatsache. Und wenn man bedenkt, daß in dem heißblütigen Spanien jetzt ein russischer Despotismus herrscht, dann kann man sich über die Häufigkeit und Schrecklichkeit der sogenannten politischen Morde wahrhaftig nicht wundern. Diese Morde nennt man jetzt „anarchistisch“. Als vor 27 Jahren in ähnlicher Weise wie am Sonntag Canova's, der Marschall Prim ermordet wurde, da war der Anarchismus noch nicht Mode; und es waren ja auch gute Konservative, die sich des verhassten Feindes nach spanischer Sitte entledigt hatten. Die Mörder der russischen Jaren — mit Ausnahme der des Kaisers Alexander II. — waren auch ausnahmslos gute Konservative und „Edelste der Nation“, zum Theil Mitglieder der Jarenfamilie. Jedenfalls betunden die Stämmlinge, die das russisch-spanische System in Deutschland einführen wollen, um politischen Morde vorzubeugen, eine wahrhaft polizeiwidrige Unwissenheit und Unlogik. —

Anlässlich des Attentats gegen Canova's liegen zahlreiche Meldungen vor, von denen wir die folgenden wiedergeben:

Der italienische Polizei ist ein Anarchist mit dem Namen Gelli vollständig unbekannt. Eine Person dieses Namens ist auch niemals von einem Gerichtshof in Lucera in Italien verurtheilt worden. Auch in Neapel, in Pozzuoli und in Vaja ist der Name Gelli unbekannt.

Die Minister für die öffentlichen Arbeiten und die Finanzen, sowie Marschall Campos sind in Madrid eingetroffen. In ganz Spanien herrscht vollkommen Ruhe. Der Mörder Canova's hat erklärt, er habe nicht nur die Anarchisten von Barcelona getötet, sondern auch den Insurgentenführer Dr. Rizal, der auf den Philippinen kriegerisch erschossen wurde. Die Polizei fand in der Wohnung des Mörder eine große Pistole mit zwei Schüssen. — Die Nachricht von der bevorstehenden Wiederberufung der Liberalen zur Regierung erscheint nicht begründet. Sagaha erklärte, daß politische Leben Spaniens könne nicht von einem Mörder abhängen, demnach müßten die Konservativen unter der Führung von Vidal, Clavanes oder Campos die Regierung behalten. — Die Jenzler der konservativen Blätter und der konservativen Clubs waren schwarz angezogen. Der Mörder Gelli war am 10. Juli in Madrid und hatte sich Pistolenarten auf den Namen eines Journalisten Annalini anfertigen lassen.

Der „B. J.“ wird aus Barcelona gemeldet: Die Lage ist jetzt sehr kritisch. Die konservative Partei ist infolge des Todes ihres Führers desorganisiert und ein würdiger Nachfolger Canova's nirgends zu finden. Die liberale Partei ist zur Zeit regierungsunfähig wegen der inneren Zwiste. Wie die Ernennung des Kriegsministers Agarraga anzudeuten scheint, wird vorläufig ein militärisches Regiment überwacht. Zu befürchten ist, daß die Reaktion die gänzliche Aufhebung der erzwungenen Freiheiten herbeiführen und andererseits die Kartisten und die Republikaner die herrschende Verwirrung

andauern werden. Alle Parteien, ausgenommen die letztgenannte, bieten sich bedingungslos der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung an. In Vorkreisen herrscht große Besorgnis.

Aus New-York berichtet die „Frankf. Ztg.“: Die Erklärung Eberman's, daß Spanien ohne jede Hilfsmittel sei und das Attentat Einfluß auf Kuba's Befreiung haben müsse, hat große Sensation erzeugt. Die Blätter verurtheilen diese Erklärung als höchst unpassend.

In gleichem Tone wie die „Post“ und die „Berl. N. N.“ verhandelt auch die antisemitische „Staatsbürger Ztg.“ das Attentat. Das ehrenwerthe Blatt schreibt:

„Abdrückt ist es, auch in diesem Falle den anarchistischen Charakter des Mordes leugnen zu wollen, wozu die „Volks-Zeitung“ einen Versuch macht, der den thatsächlichen Verhältnissen gegenüber natürlich vollständig mißlingen mußte. Mit recht wird dagegen von anderer Seite die Frage wieder angeregt, wie sich die menschliche Gesellschaft gegen eine internationale Bande zu schützen in der Lage ist, die sich ammaßt, mit Dolch und Pistole das Amt des höchsten Richters spielen zu lassen. In der „Staatsbürger-Zeitung“ ist wiederholt darauf hingewiesen worden, sich gegen diese Bande, die sich selbst außerhalb des Rechts und der staatlichen Ordnung stellt, durch internationale Vorkehrungen zu schützen. Vor allem muß jeder Schutz politischer Mörder aus staatlichen Abmachungen ausgeschlossen werden, wie es auch richtig ist, den anarchistischen Vereinen der Idee der Propaganda der That diesen Schutz zu entziehen. Staaten, die die Bildung anarchistischer Herde dulden und derart mittelbar zur Pflanzung des Anarchismus beitragen, machen sich in gewissem Sinne auch mitschuldige an solchen schrecklichen Verbrechen; die Unstärker aber, aus deren Reihen der Anarchismus sich rekrutiert, werden sich nicht belangen dürfen, wenn sie mit verantwortlich gemacht werden dafür. Wer sich als ein Feind des Staates bekennet und die staatlichen Einrichtungen bekämpft, der hat auch keinen Anspruch auf ihren Schutz. Jedenfalls glauben wir nicht, daß die Staaten noch länger zögern werden, Maßregeln zum eigenen Schutze zu ergreifen.“

Obgleich wir uns eingehend zu diesem Standpunkte geäußert haben, stellen wir noch das Urtheil der „Frankfurter Zeitung“ dem vorstehenden entgegen:

Die Verurtheilung des Mordes ist eine allgemeine wohl überall, wo man in jeder Gewaltthat eine unzulässige und verhängnisvolle Uebertretung von Rechtswege sieht und von man den hervorragenden Staatsmann bedauert, der zum Ende einer langen und arbeitsreichen Laufbahn einem Mörder zum Opfer fallen mußte. Aber es geht nicht an, daraus allgemeine Schlüsse zu ziehen. Wir sehen freilich voraus, daß die internationale Reaktion gerade wie es nach der Ermordung Carnot's geschah, auch jetzt wieder die Beschränkung jeder freiheitlichen Entwicklung fordern wird. Als ob es in Spanien an dieser Beschränkung gefehlt und als ob sie etwas gekostet hätte! Gerade Spanien liefert den Beweis, daß die humane und fortschrittliche Entwicklung allein den Anarchismus überwinden kann, denn die spanische Regierung hat mit der unmenslichen mittelalterlichen Art, mit der sie Anarchisten und Nichtanarchisten behandelte, den Anarchismus förmlich geschichtet. Ja sie hat den Anarchismus erst hervorgerufen, denn wenn in einem Staate, wie es thatsächlich in Spanien der Fall ist, in den oberen Sphären, in der Verwaltung und in der Justiz, die Anarchie herrscht, so kann auch in den unteren Sphären nichts Anderes als Anarchie die Folge sein. Diejenigen, die ihrem Lande die Bekämpfung des Anarchismus nach spanischem Muster empfehlen möchten, machen also ihrem Lande ein schlechtes Kompliment. Nein, gerade Spanien und die Ermordung Canova's del Castillo's zeigt klar, daß man den Anarchismus überwinden und fernhält nur, wenn man das Gegentheil von dem thut, was in Spanien geschieht. Keine Kabinettsjustiz, keine mittelalterliche Tortur, keine korrupte Verwaltung, keine Volkverdrummung, keine Volksausfaltung, sondern Gerechtigkeit, Aufklärung, geistige und wirtschaftliche Entwicklung, das sind die Zeichen, in denen der Anarchismus zu besiegen ist. Das ist die unverlernbare Lehre des tragischen Schicksals Canova's del Castillo's.“

Deutsches Reich.

Der „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht heute endlich die Ernennung des früheren Volksherrn in den Vereinigten Staaten, Dr. Johann von Thielmann, zum Staatssekretär des Reichs-Schatzanteils, unter Beilegung des Charakters als Wirklicher Geheimen Rath. —

Die Husarenpost ist offenbar nicht nach dem Geschmack des Unterstaatssekretärs Dr. Fischer. Die Reptilpresse giebt sich zwar, seit der Ernennung des Herrn v. Boddicekt, die eifrigste Mühe, uns glauben zu machen, Herr Fischer, der sich — nicht ganz ohne Grund — als Nachfolger Stephan's betrachtete, sei mit dieser Ernennung ganz zufrieden und denke nicht an den Rücktritt. Allein man glaube den offiziellen Schlußfäden nicht; und heute kann das „Reiniger Tagesblatt“ aus bester Quelle mittheilen, daß Herr Dr. Fischer postulo erklärt hat, daß er unter keinen Umständen mehr auf seinen Posten zurückkehren werde. Uebelnehmen kann's ihm wahrhaftig niemand. Herr Dr. Fischer war zwar ein arger Bureaokrat, aber vom Postwesen hat er etwas verstanden. —

Herr v. Plösch pöbelt in seiner „Deutschen Tages-Zeitung“ den Landwirtschaftsminister an. Die Stillübungen des Präsidenten des Bundes der Landwirthe sind nur des Lones wegen beachtenswerth. Den Herren ist diesem Lone nach jetzt der Name sehr geschwollen. Ihr Vertrauen in Miquel ist noch sehr fest. Wie lange darf noch Freiherr v. Hammerstein als Landwirtschaftsminister fungiren? —

Dr. F. W. II. Der Minister des Innern beschäftigt, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, das Urtheil gegen den Polizeikommissar Grams, welches, wie feinerzeit mitgetheilt, auf Anweisung lautete. Bekanntlich hatte sich der Kommissar kurz nach der Bräutigamskaffäre in einem Nachener Lokal, in das er sich mit den Worten: „Ich bin Bräutigam II.“ eingeführt hatte, Amtsüberschreitungen zu schulden kommen lassen. —

Was die „Post“ alles weiß. Das Berliner Organ Nr. 1 des Herrn Stumm schreibt heute:

Das sozialdemokratische Zentralorgan darf wohl darauf aufmerksamer gemacht werden, daß der Mörder Castillo's seine sogenannte „politische“ Laufbahn als sozialistischer Journalist begonnen, also den Wandel von der Linderen zur Schärferen, vom Jakobiner zum Sansculottenthum durchgemacht hat. Punkt ist die tunige Verantwortung zwischen Sozialdemokratie und Anarchismus wieder schlagend bewiesen.

Leichtfertiger und oberflächlicher kann man wirklich nicht mehr schreiben, als die Leute von der „Post“ thun. Man kennt heute den Namen des Attentäters noch nicht genau, weiß nicht Bestimmtes über seine Herkunft und sein Vorleben. Aber für die Anforderungen der Herrn Stumm genügt wohl nur eine Stimm, um solches Zeug schamlos zu behaupten.

Aber nicht bloß politisch insam ist diese Schreiberlei, sie beweist auch, daß den Leuten bei der „Post“ die Anfangsgründe wissenschaftlichen Denkens fehlen. Wie kann ein solche schließlicher Mensch derartig generalisiren. Was würde die „Post“ sagen, wenn wir von einem schreienstüchtigen oder wädhenschändenden Parteigänger ihres Blattes auf ihre gesammte Partei schließen wollten? —

Pastor Böhre schildert in der „Wahrheit“ die Zustände, welche angeblich auf einer Oberbuch-Demone herrschen.

Ein behagliches Bild bietet dort das Herrenhaus, nur steigt es hinter hohen Bäumen und dichten Gebüsch versteckt, gleichsam als habe es ein böses Gewissen und möchte sich schon verbergen. Wie sehen aber die Wohnungen der Arbeiter aus? Darüber theilt Böhre unter anderem folgendes mit: „Entzogen waren die Schlafräume der Arbeitsheerde. Geradezu komfortabel, Sprechende Beweise einer fast rührenden Fürsorge der „Herrschaft“ für „ihre Leute“. Sie lagen direkt unter dem Dach und bestanden aus drei Böckern. Das eine, das kleinste von ihnen, hatte sogar einen ein-

sonderen Eingang. Es war freilich höchstens sieben bis acht Meter lang und etwa zwei Meter breit, dafür schloffen aber acht Menschen darin. Seine Hauptwand wurde durch das Dach gebildet, in dem man Sparrten um Sparrten, Ziegel um Ziegel zählen konnte. Alles, was sich in diesem Raume vorfand, waren acht Betten und weiter nichts. Jeder ein Stuhl, noch ein Kleiderkasten, nicht einmal ein Nagel in der einzigen vorhandenen aufrechten Lehnenwand. Natürlich gehörten zu den Betten auch keine Bettfedern. Woju auch? Ein Strohfach zu ebener Erde, über ihm ein Leintuch, ein Koppflüsschen und das Deckbett war alles — in der That, genug Komfort für dieses an sich schon verwöhnte, anspruchsvolle, nie zufriedene Volk. Das Kopfen der Betten war in den späten Winkel zwischen Dach und Diefeln hineingeschoben, die Strohfack selbst etwa je einen Fuß breit von einander gelegen. In diesem Raume schliefen — vier Ehepaare! Man höre: vier Ehepaare! Und male sich selbst aus, was allmählich dieser niedrige, kahle, drückend heiße Raum an dunklen Szenen erleben mochte. Aber nicht — das macht nichts? Das gutsherrliche Ehepaar war ja, Gott sei Dank, nicht darunter. Eine Thür führte in die zwei anderen Schlafräume. Der, in den man zuerst eintreten mußte, war der Schlafrum der unverheirateten Männer, völlig dem eben geschilderten gleich, nur größer, mit viel mehr Betten und etwas mehr geraden Wänden. Aus ihm führte eine zweite Thür in den gleich großen und gleich ausgestatteten der Mädchen. Einen anderen, eigenen Zugang hatte dieser Mädchen-Schlafraum nicht. Jedes Mädchen, das zu Bett gehen wollte, mußte den Männertraum passieren, mußte bei der Engigkeit, die darin herrschte, beinahe über einzelne dieser Männerbetten hinwegsteigen! Und dann diese Thür, die beide Räume angeblich trennte! Sie war nicht verschließbar! Dazu kein Schlüssel, das ein wenig hätte Wache halten können. In diesen Dachräumen wäre das ja doch nur seuergefährlich gewesen! Und andere Gefahren gab's ja nicht! Wenigstens nicht für die Töchter des Herrn und der Frau Domänenrath. Die schliefen ja wohlverwahrt in ihrem lauschigen, jungfräulichen Schlafgemach bei den Eltern im Herrenhaus. Als wir dann aus diesen Schlafräumen wieder in den unteren Räumen angelangt waren, erlebten wir noch eine kleine charakteristische Szene. Dort war eine einzige Sachungängerin, ein junges Mädchen, anwesend. Unser Führer sagte uns, sie habe „die Spur“ (du jour). Das war auch wirklich der Fall, gleichzeitig aber war sie auch — natürlich nur nebenbei — krank. Sie hatte ein schlimmes Bein. Direkt nach uns war nun ein junger Arzt eingetreten. Er hatte uns nur ganz flüchtig, das Mädchen aber gar nicht geguckt. Nun richtete er ein paar kurze und harte Fragen an sie, etwa so, wie ein Lieutenant seine Leute anredet. Und in der That, warum sollte das der Herr Doktor auch nicht? Solche Gesellschaft muß man eben auch militärisch kurieren. Sie sind krank, fragte er. „Ja“. Was fehlt Ihnen? „Schlimmes Bein.“ Dergegen! Das Mädchen zögerte, wurde roth, sah uns an. Aber noch hatten wir den Rücken nicht ganz gedreht und die Thür nicht erreicht, donnerte der schneidige Arzt sie schon an: Dergegen, zum Donnerwetter; hier wird nicht geirrt! Was dann weiter geschah, wissen wir nicht. Viel wird der Herr nicht an ihre Herantretung haben.

Wie wäre diesen Armen, Wenden zu helfen? fragt dann Göhre? Sie selbst können sich aus ihrer Lage nicht erheben, dazu sind sie zu isolirt, gedrückt, verarmt, ungebildet und süßeres, und durch Agitatoren kann man sie nicht wecken, denn diese würden mit Hundst von den Höfen gejagt werden. Es giebt nur eine Erlösung für dies arme Volk: das ist die wirtschaftliche und politische Vernichtung ihrer „Herrn“, dieses brutalen ostbaltischen Herrschersvolks, das solche Zustände verschuldet und duldet. Erst wenn diese wirtschaftlich und politisch gebrochen sind, wird dieses arme versklavte und verelendete Landvolk frei sein. Und wer an diesem Befreiungskampfe mit theilnimmt, wird sich für Zeit und Ewigkeit einen Gotteslohn verdienen.

Die Agrarier sind natürlich entrüstet, daß einmal ein Pastor nicht, wie landesüblich, die patriarchalischen Zustände in Ostbaltien rühmt, sondern den Schleier aufhebt, der das fürchterliche Elend verhüllt.

Mannheim, 9. August. Die Ortsgruppen der deutschen Friedensgesellschaft zu Mannheim, Forstheim, Offenburg, Konstantz und Borsach bereiten soeben eine Petition an die zweite Kammer der badischen Landstände vor, in der gebeten wird, der Landtag möge auf die Regierung dahin einwirken, daß in dem Geschichtsunterricht an den Volk- und Mittelschulen alles chauvinistische Beiwerk beseitigt werde und künftig die Geschichte der Kriege nur in ihren allgemeinen Umrissen, dagegen in verhärteter Weise die Kulturgeschichte der Völker gepflegt und namentlich auch die Geschichts- und Lehrbücher in diesem Sinne einer sorgfältigen Prüfung und Sichtung des Stoffes unterzogen werden.

Ö göttliche Naivität, in einem von Kanonen starrten Lande an die Erfüllung derartiger Wünsche auch nur zu denken.

Österreich.

— Eine deutsch-österreichische Ausgleichskonferenz soll Badeni vorbereiten bemüht sein. Was geplant ist auf dieser Konferenz, das sagt die „W. Fr. Pr.“ in folgendem zusammen: Nach der Absicht der Regierung soll eine von Deutschen und Tschechen besetzte Konferenz, in welcher alle Schattierungen beider Parteien vertreten sein sollen, einberufen und hierbei namentlich auch darauf Rücksicht genommen werden, daß die dem Reichsrathe nicht angehörenden Landtags-Abgeordneten beider Parteien durch die hervorragendsten Mitglieder vertreten seien. Die Regierung hat fünf Vorlagen aufgearbeitet, welche zuerst dieser Konferenz und, falls auf derselben eine Einigung über die Vorlagen erzielt wird, beim im September einuberufenen böhmischen Landtage unterbreitet werden sollen. Diese Vorlagen sind:

1. Ein Kuriengesetz.
2. Eine Novelle zur böhmischen Landtags-Verordnung, welche dreierlei enthält: a) eine Vermehrung der Anzahl der Landtags-Abgeordneten um 15, und zwar städtische Mandate. Von diesen 15 Mandaten fallen 14 dem Tschechen, eines dem Deutschen zu. b) Eine Kreisvertheilung der Kurie des Großgrundbesitzes für den Landtag analog der Kreisvertheilung für die Reichsrathswahlen. Dadurch erhält der verfassungstreue Großgrundbesitz eine gesicherte Vertretung im Landtage. c) Es wird eine neue Handelskammer durch Theilung eines gemischten Bezirkes geschaffen, die zwei Abgeordnete wählt.
3. Ein Gesetz über die Minoritätsschulen. Die Kosten der zu errichtenden Minoritätsschulen trägt das Land.
4. Ein Gesetz über die Sprache der autonomen Behörden. Dieses Gesetz schließt sich an den schon einmal dem Landtage vorgelegten Entwurf an. Es stellt den Grundgedanken auf, daß es deutsche, tschechische und gemischte Gemeinden und Bezirke giebt. Wenn in einer Gemeinde mindestens ein Fünftel der Einwohner der andern Nationalität angehört, ist sie als gemischt anzusehen. Danach bestimmt sich die Geschäftssprache, die in deutschen Gemeinden die deutsche, in tschechischen Gemeinden die tschechische und doppelsprachig in den gemischten Gemeinden und Bezirken ist. Dieser Gesetzesentwurf ist aber auch bestimmt, das Mittel zu bieten, um den Wünschen der Deutschen nach Aufhebung der Sprachenverordnung entgegen zu kommen. Wenn es nämlich gelingt, über diesen Gesetzesentwurf eine Einigung der Parteien herbeizuführen, dann ist es die Absicht der Regierung, den Bestimmungen dieses Gesetzesentwurfes entsprechend auch die Sprachenverordnungen abzuändern. Die Regierung hält nämlich daran fest, daß sie weder auf ihr angebliches Verordnungsrecht in Angelegenheiten der Sprachen im Amtsgebrauch verzichtet, noch zur unmittelbaren Aufhebung der Sprachenverordnungen sich herbeiläßt. Sie würde aber ihre Bereitwilligkeit erklären, den Entwurf der in Uebereinstimmung mit dem Gesetze über die Sprache der autonomen Behörden geänderten Sprachenverordnungen schon der Ausgleichskonferenz vorzulegen und sich zu verpflichten, in Uebereinstimmung mit dem von der Konferenz genehmigten Entwurf die Sprachenverordnungen zu ändern. Die Regierung legt auf diesen Punkt ihrer Vorschläge großes Gewicht und glaubt, darin einen Mittelweg zwischen ihrem Standpunkte, den Forderungen der

Csachen und der von den Deutschen aufgestellten Bedingung, daß die Sprachenverordnungen zurückzuziehen seien, gefunden zu haben.

5. Endlich soll dem Landtage ein Gesetz über die Errichtung von Kreisbehörden in Böhmen vorgelegt werden. Dieses Gesetz wäre rein administrativer Natur und würde in der politischen Verwaltung lediglich eine Zwischeninstanz zwischen der Statthalterei und den Bezirkshauptmannschaften schaffen. Gewisse Kompetenzen würden aus dem Wirkungskreise der Statthalterei, andere aus dem Wirkungskreise der Bezirkshauptmannschaften ausgehoben und auf die Kreisbehörden übertragen werden. Doch scheint mit diesem Gesetze die Absicht verbunden zu sein, einerseits gewissen größeren Städten, die zum Sitz der Kreisbehörden bestimmt würden, die Eigenschaft lokaler Centren zu geben, andererseits die Möglichkeit zu bieten, in späterer Zeit an die Kreisbehörden auch Kreisvertretungen anzufügen und dadurch zu einer künftigen Autonomie der Kreise den Grund zu legen.

Ungarn.

Budapest, 10. August. Die Regierung beabsichtigt, die Börsensteuer-Vorlage noch im Laufe dieses Jahres dem Abgeordnetenhause vorzulegen.

Budapest, 10. August. Das Abgeordnetenhause erledigte in seiner heutigen Sitzung die Spezialdebatte der Strafprozess-Vorlage. Der Präsident Szilagyi beantragte hierauf die Verlegung des Hauses bis zum 29. September.

Schweiz.

Zürich, 9. August. (Sig. Ver.) Das thurgauische Volk hat gestern über zwei Gesetzesvorlagen abgestimmt und dieselben angenommen und zwar das Lehrerbefolgungsgesetz mit 7623 gegen 7542 und das Nebenausgesetz mit 7707 gegen 7147 Stimmen. Das erstere bezweckt die Erhöhung der Lehrerbefolgungen von 1000 Fr. nebst Wohnung und einer halben Tagelohn Pflanzland auf 1200 Fr. Baarbefolgung für Primarlehrer, von 1600 Fr. nebst freier Wohnung auf 1800 Fr. für Sekundarlehrer unter Fortgewährung der freien Wohnung. Die Seminarlehrer erhalten 2000 bis 2800 Fr. nebst freier Wohnung, die Gymnasiallehrer 2200 bis 3500 Fr. ohne Wohnung und sie sind aber in die beschlossenen Befolgungserhöhungen nicht mit einbezogen. Für die gesammte Lehrerschaft ist sodann eine Erhöhung der Alterszulagen von 200 auf 400 Fr. nach 20 Dienstjahren vorgesehen, d. h. nach je 5 Dienstjahren 100 Fr. Die Seminar- und Gymnasiallehrer werden wohl ebenfalls besser gestellt werden müssen, wenn nicht andererseits ein Mangel an Lehrkräften eintreten soll. Die Abneigung weiter, namentlich bäuerlicher Volkstheile gegen jede Gehaltssteigerung der Beamten ist aber eine so starke, daß man da nur mit größter Vorsicht vorgehen kann; die große ablehnende Minderheit von gestern beweist diese Abneigung wieder aufs neue. — Das angenommene Nebenausgesetz bezweckt die Entschädigung der Reibergbesitzer, deren Neben von der Philoxera angegriffen sind. Die Reibergbesitzer sollen zur Aufbringung der Mittel 1/10 des Katasterwertes beitragen. Die Entschädigung an die Reibergbesitzer sowie die Mittel zur Bekämpfung der Reiberg sollen zusammen höchstens 70 pCt. des Katasterwertes betragen.

Portugal.

Oporto, 5. August. Hier und in Lissabon bekräftigt man den Ausbruch einer Revolution. Die Gährung ist sehr groß und die Unzufriedenheit des Volkes hat den Höhepunkt erreicht. Der Konflikt wäre längst beinahe schon eingetreten. Die zahlreichsten Feinde der gegenwärtigen Regierungstypen hatten in aller Stille eine Erhebung vorbereitet. Sie wurden jedoch durch den Verrath eines Journalisten entdeckt, der der Regierung das Geheimniß und die gefaßten Beschlüsse verrath. Dadurch wurde der Handreich der Verschworenen verhindert; es wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, Schriften beschlagnahmt, Listen der Mitschuldigen entdeckt u. s. w. Man erfuhr, daß Waffen eingeschmuggelt worden sollten und daß Offiziere von hohem Range und Staatsbeamte dem Plane nicht fern ständen. Die einen wurden abgesetzt, andere in die Verbannung geschickt. Man glaubt aber, daß die Verschwörung trotzdem noch fortbauert und daß sie bei der sehr erregten Bevölkerung des Landes Unterstützung findet. Selbst gemäßigtere, rechtsliebende Elemente arbeiten gegen die Regierung, deren Mißbräuche die Grenze des Erträglichen erreicht haben. Die im Solde der Regierung stehende Presse, die in allen Winkeln wuchert, hat eine nette Theorie erfunden, um den Thron zu besetzen und das Urtheil des Auslandes zu verwirren; sie behauptet, die allgemeine Aufregung bestehe nur in der Einbildung gewisser Leute, und dieser Gedanke werde von der Regierung gefördert, die inmitten der großen Unsicherheit und Verwirrung ihre Finanzpläne in den sicheren Hafen bringen wolle. Aber die Wirklichkeit in Portugal ist durchaus kein Phantasiegebilde, sie ist vielmehr gründlich und furchtbar, und die Unzufriedenheit herrscht überall, in Handels- und industriellen Kreisen, bei den Landwirthen und bei den Besitzern von Staatspapieren, kurz bei allen Leuten, die im portugiesischen Staatsleben etwas bedeuten. Man konspirirt bereits ganz öffentlich und hofft auf einen fruchtbareren Zusammenbruch des gegenwärtigen Regierungssystems. Die Pressensur der Regierung ist furchtbar. Der Telegraph ist gesperrt und nicht einmal die harmloseste Nachricht, die sich auf die Krisis bezieht, darf telegraphirt werden.

Rußland.

— Wie die russische Gendarmerie die Sozialdemokraten vernichtet. Man schreibt der Wiener „Arbeiter-Zeitung“: Die Thätigkeit der polnisch-sozialistischen Partei in russischen Polen macht den russischen Behörden und besonders den russischen Gendarmen sehr viele Sorgen. Das ist allerdings nicht merkwürdig. Diese Partei, die seit dem Jahre 1883 existirt, entwickelt eine sehr energische und rücksichtslose Thätigkeit. Sie vereinigte in ihrem Schoohe alle, früher in mehrere Kreise gesplitterten sozialistischen Kräfte Polens; sie organisirte die polnische Arbeiterschaft in allen Industriezweigen des russisch-Polens und Lithauens (Bialystok, Grodno, Wilna); sie verbreitet unter den polnischen Arbeitern alljährlich Zehntausende von den in London erscheinenden sozialistischen Broschüren, die nach Polen geschmuggelt werden; sie veröffentlicht schließlich in einer geheimen Druckerei in Warschau ein Parteiorgan „Robotnik“ („Der Arbeiter“), von dem bereits 23 Nummern erschienen sind. Vor einem Monat begann noch eine Zeitschrift in ihrer geheimen Druckerei zu erscheinen — der „Gornik“ („Der Bergarbeiter“) — ein Organ der Bergarbeiter des Dombrowa-Gebirges. Alle Bemühungen der russischen Polizei, diese Organisation in ihre Hände zu bekommen und die Druckerei zu entdecken, blieben erfolglos; und die Partei setzte ihre energische Thätigkeit fort, organisirte große Streiks, verbreitete die verbotene Literatur u. s. Endlich sind die Gendarmen auf ein neues Mittel gekommen. Der Gendarmeriehauptmann Ugow meinte, daß die geheime Organisation der polnischen Arbeiter dann entdeckt werden könnte, wenn die Gendarmen ihre Spindel und Agents provocateurs aus der Mitte der Arbeiter wählen würden. Aus diesem Grunde versuchte man alle Arbeiter, die als politische „Verbrecher“ in die Hände der Gendarmen fielen, mit den größten Dringungen einer langjährigen Verurteilung nach Sibirien oder Kerkerstrafen zur Spindel zu zwingen. Aber auch dies brachte den Gendarmen keinen Nutzen. Erstens hatten sie nur eine sehr geringe Zahl solcher Arbeiter, die erschreckt durch die Drohungen oder verlockt durch Versprechungen einer größeren Summe, für den Verrath an ihren Genossen gefunden. Und wenn dies aber der Fall war, standen diese Arbeiter der Organisation so fern, daß sie nichts zu verrathen hatten. Aber auch solche Spindel wurden bald entdeckt, und zwei von ihnen fielen als Opfer der Wache der Arbeiter. Ein gewisser Jezdowski wurde in Warschau und ein anderer, Mikiewicz, in Wilna ermordet. Die Namen der anderen Spindel wurden in dem „Robotnik“ veröffentlicht, und die Arbeiter konnten sich demnach schon früher vor ihnen hüten. Als die Gendarmen gesehen hatten, daß diese Methode nichts werth ist, kamen sie auf eine andere. Als deren Erfinder gilt ein Gendarmen-Wachtmeister Pastrolin, über den wir in der letzten Nummer des Warschauer „Robotnik“ sehr interessante Sachen zu hören bekommen. Einer der Warschauer Genossen, der schon zweimal im X. Pavillon (der Kerker für die politischen Ver-

brecher in Warschau) eingesperrt war, ist am 9. Mai zur Gendarmenverwaltung eingeladen worden. Dort kam ihm der Wachtmeister Pastrolin entgegen, der ihm sofort eine Menge Komplimente machte, indem er die Intelligenz und Geschicklichkeit des Arbeiter bewunderte. „Wir wissen sehr gut“, sagte der Gendarm, „daß Sie sehr viel Beziehungen haben; und wenn Sie uns auch tausendmal sagen würden, daß Sie zu nichts gehören und keine verbotene Literatur lesen, werde ich Ihnen nicht glauben. Aber eben solche Leute, wie Sie, sind dem Staate nöthig.“ Und nun bot ihm Pastrolin 100 Rubel (126 fl.) monatlich an. Als der Arbeiter die Sache mit Entrüstung bei ihrem wahren Namen nannte und meinte, daß er niemals ein Spindel und Verräther werden würde, theilte Pastrolin seine Entrüstung. „Ich verstehe und achte Ihre Entrüstung“, sagte er, „aber warum denn sollen Sie ein Verräther sein? Wenn Sie sich all das überlegen, werden Sie uns aus Ueberzeugung dienen. Ich selbst, mein Herr, bin ein Sozialist, aber ein ökonomischer Sozialist, und darum bin ich gegen den politischen Kampf. Aber Ihr „Robotnik“ fällt auf jeder Seite über den Bar und die Regierung her. Unsere Regierung — behauptete das Weichen (so nennt man in Polen die russischen Gendarmen, die eine blaue Uniform tragen) — hat nichts gegen den ökonomischen Kampf. Im Gegentheil, sie wünscht den Arbeitern den Sieg, und die Agenten sind ihr nur dazu nöthig, um zu erfahren, wo die Bewegung spontan eskandieren und wo sie von den Agitatoren hervorgerufen worden.“ Pastrolin that sehr liberal. Er behauerte sehr, daß die russischen Beamten künstlich sind, und lachte über die Dummheit seiner Kollegen. Das „Weichen“ besprach auch die Ermordung des Hochpriebers Jezdowski, und nannte diese Thatfache eine höchst anarchoisische Immoralität. — Jezdowski diente uns aus Ueberzeugung; er war kein Verräther, da er nie an der revolutionären Bewegung theilgenommen hatte. Man hat seine Ueberzeugung nicht geachtet, man hat ihn getödtet! Das ist ja Unbuddsamkeit gegen die Leute aus anderem Lager!

Am Ende des dreistündigen Gesprächs legte das „Weichen“ einen Hundertrubelschein auf den Tisch als „Vorschuss“ und versprach noch eine größere Summe, wenn der Arbeiter den Gendarmen größere Dienste leisten werde. Besonders kümmerte sich das „Weichen“ über die Druckerei des „Robotnik“. „Sie drucken dieses Blatt schon drei Jahre in derselben Druckerei, und wir wissen doch immer nichts von ihr!“ sagte Pastrolin. Der Arbeiter bekam eine 17tägige Frist für die Antwort, und nachdem ihm der Gendarm mit neuerlicher Anreizung drohte, ging er nach Hause, und ein paar Tage später war er schon im Auslande, wo kein Pastrolin ihm etwas machen kann.

Die Redaktion des „Robotnik“ lacht nun über die Dummheit des „Weichen“, das als ökonomischer Sozialist deklarirte, und die ganze Geschichte, die im „Robotnik“ erzählt wurde, rief sehr große Heiterkeit unter den polnischen Arbeitern hervor.

— Wäterschen und seine Regierung als Docho-boren u. s. w. Die durch frühere Mittheilungen den Lesern des „Borwärts“ bekannt ist, wurden seither mehrere tausend Hochoboren zwangsweise auf dem Hochplateau von Alexandropol im Kaukasus angesiedelt. Die Leute sind vollständig ihrem Schicksale überlassen, da die Gegend durch Unfruchtbarkeit, Kälte u. s. w. zum Bewohnen vollständig ungeeignet ist. Viele sind gestorben; die Ueberlebenden, ca. 4000, heiden, wie ein Krat von dort schreibt, an Ruhr, Lungentuberkulose, Gelenkrheumatismus, durch Malaria verursachte Unterverderbung mit Anschwellungen der Extremitäten und Magenwasserkrampf, an sehr ansteckender und schwer zu heilender egyptischer Augenkrankheit (Trachom) dahin. Und für diese Leute hat die russische Regierung weder Erbarmen noch Mitleid.

Amerika.

— Die Zunahme der Goldgewinnung. Der Vizepräsident der Vereinigten Staaten, Herr Preston, der seit dem Hinscheiden des Göttinger Professors Adolph Seebach als die erste Autorität auf dem Gebiete der Statistik der Edelmetalle gilt, hat über die neuerliche erstaunliche Zunahme der Goldgewinnung folgende interessante Angaben veröffentlicht: In allen goldproduzierenden Ländern ist eine Zunahme der Ausbeute zu verzeichnen. Südamerika ist in diesem Jahre mehr des gelben Metalls liefern, als je zuvor. Die aus Australien eingetroffenen Berichte lassen keinen Zweifel darüber, daß die dortige Goldausbeute in starker Zunahme begriffen ist. Allen voran steht jedoch die Goldproduktion der Vereinigten Staaten, die in diesem Jahre annähernd, wenn nicht vollständig, so groß sein wird, wie zur Zeit, als der kalifornische Gold-Ruhm seinen Höhepunkt erreicht hatte. Wir werden in diesem Jahre mindestens Gold im Werthe von 60 000 000 Dollars zu tage fördern, es ist möglich, daß die diesjährige Ausbeute selbst die des Jahres 1853, die auf 65 000 000 Dollars geschätzt wurde, noch übersteigen wird. Dies war die Zeit, wo die kalifornischen Goldwäschereien das meiste Gold lieferten. Der Hauptgrund, weshalb jetzt mehr Gold zu tage gefördert wird, liegt in den verbesserten Betriebsmethoden. In Kalifornien wurde vor Jahren eine Anzahl der besten Goldminen verlassen, weil die goldhaltige Erde in einer gewissen Tiefe verloren ging. Man glaubte damals, daß Gold sich nicht tief im Erdinneren vorfinde. Galt man eine Tiefe von 800—900 Fuß erreicht und die goldhaltige Erde verloren, so glaubte man am Ende derselben zu sein. Seitdem hat man jedoch gefunden, daß bei weiteren Bohrungen die Erde häufig wieder zum Vorschein kam und in manchen Fällen sogar goldhaltiger war, als in geringerer Tiefe. Eine andere Theorie, wonach Gold nur in zwei oder drei Felsformationen gefunden werden sollte, hat sich neuerdings ebenfalls als unhaltig erwiesen. Man findet jetzt Gold in Sandstein, Schiefer, Ton und Geröll. Nach meiner Schätzung wird die gesammte Goldproduktion des Jahres 1897 einen Werth von 250 000 000 Dollars erreichen. Im Jahre 1892 belief sich der Ertrag auf 150 000 000 Dollars, im Jahre 1898 erreichte er eine Höhe von 200 000 000 Dollars. Um das volle Gewicht dieser Zahlen zu ermessen, muß man sich die Thatfache vor Augen halten, daß noch vor zehn Jahren die gesammte Goldgewinnung nur 105 000 000 Dollars und die gesammte Gold- und Silbergewinnung nur eben so viel betragen hat, wie jetzt die Goldgewinnung allein beträgt.

Partei-Nachrichten.

Reichstagskandidaturen. Als Reichstagskandidat für den Kreis Guben-Ludwig wurde von der Parteiverammlung in Guben der Genosse W. Wagner aus Berlin nominirt.

Für den Wahlkreis Calbe-Nscherleben wird voranschicklich Genosse Albert Schmidt aus Magdeburg als Reichstagskandidat aufgestellt werden. Wie das „Vollblatt für Anhalt“ mittheilt, haben sich die Hauptorte des Kreises bereits für ihn erklärt.

Gegen die Btheiligung an den preussischen Landtagswahlen erklärte sich die Parteikonferenz für den Reichstags-Wahlkreis Calau-Ludau, die am Sonntag in Finsterwalde abgehalten wurde.

In Weissenfeld nahm eine Parteiverammlung folgende, vom Referenten Thiele aus Halle gestellte Resolution einstimmig an: „Die Versammlung kann sich für eine Btheiligung an den preussischen Landtagswahlen nicht erwärmen. Gleichwohl glaubt sie, den Freunden der Wahlbtheiligung so weit entgegenzukommen zu sollen, daß sie für Aufhebung des Kölner Beschlusses eintreten, um den einzelnen Kreisen freie Hand zu geben und durch die Präzis feststellen zu lassen, ob die Hoffnung der Wahlbtheiligungsfreunde, es könnten unter dem jetzigen Wahlssystem Erfolge errungen werden, begründet ist.“

Die österreichische Parteipresse besteht zur Zeit aus 39 Organen; die Gewerkschaftspresse ist dabei nicht mitgerechnet. Von diesen 39 Zeitungen sind 28 in deutscher Sprache geschrieben. Wir glauben unseren Lesern einen Dienst zu erwiesen, wenn wir nachstehend den Namen, den Erscheinungsort und soweit bekannt, auch die Bezugsbedingungen der einzelnen Blätter mittheilen: „Akademie“, Prag, Stolka ulice 28. — „Arbeiter-Presse“, Karlsbad. — „Arbeiterklub“, Wien, Redaktion: Gumpendorferstr. 61. — „Arbeiterwille“, Graz, Redaktion: Administration und Expedition: Replerstraße 12. Erscheint einmal,

Wöchentlich, Vierteljährlich 75 Kr. — „Arbeiter-Zeitung“
Wien. Redaktion: IX., Schwarzenbergstr. 10, Administration:
IX., Ferselgasse 6. Erscheint täglich. Telefon Nr. 8884. Tele-
gramm-Adresse: Arbeiter-Zeitung Wien. Exemplar 4 Kr., mit Post-
aufschlag 5 Kr. — „Arbeiterinnen-Zeitung“. Wien.
Redaktion: VI., Kopernikusgasse 12. Administration: IX., Fersel-
gasse 6. Erscheint am 1. und 3. Donnerstag jeden Monats. Viertel-
jährlich 20 Kr. — „Die Freiheit“. Teplitz. Schulgasse 7.
Vierteljährlich 45 Kr. — „Freigeist“. Redaktion und Administration:
Ladegasse 23. Erscheint wöchentlich. Vierteljährlich 75 Kr. —
„Sibirische Boten“. Gabeln a. d. N. — „Gesellschaft“. Teplitz.
Redaktion, Administration und Expedition: Schwabstr.
Nr. 80. Erscheint am 2. und 4. Donnerstag jeden Monats.
Vierteljährlich 45 Kr. — „Gleichheit“. Neunkirchen. Redaktion
und Administration: Hauptstr. 7. Erscheint wöchentlich. Viertel-
jährlich 94 Kr. — „Neue Glühlichter“. (Humoristisch-satirisch.)
Wien. Redaktion und Administration: VI., Gumpendorferstr. 8.
Erscheint alle 14 Tage. Vierteljährlich 40 Kr. — „Nordböhmischer
Volksbote“. Steinschönau. Redaktion und Administration:
Nr. 560. Erscheint allwöchentlich Freitag. Vierteljährlich 75 Kr. —
„Volksbote“. Floridsdorf. — „Volksfreund“. Brünn.
Redaktion und Administration: Josefstadt 26. Erscheint jeden
Donnerstag. Vierteljährlich 75 Kr. — „Volksrecht“. Aulissa a. d. G.
— „Volksstimme“. Teplitz. Redaktion und Administration:
Schwabdstr. 21. Erscheint am vierten Donnerstag jeden Monats.
Jährlich 80 Kr. — „Nordböhmischer Volksblatt“.
Wardensdorf. — „Volkstribüne“. Wien. Redaktion und
Administration: VII., Schottenfeldgasse 78. Erscheint am 1., 2. und
4. Freitag im Monat. Vierteljährlich 45 Kr. — „Volkswille“.
Falkenau. Redaktion und Administration: Rathausgasse 10. Erscheint
14tägig jeden zweiten Donnerstag. Vierteljährlich 50 Kr. —
„Volks-Zeitung“. Innsbruck. Erscheint zweimal im Monat.
Redaktion und Administration: Wilten bei Innsbruck, Innstr. 75.
Jährlich 1 fl. 20 Kr. — „Wähler“. Falkenau a. d. G. —
„Wahrheit“. Linz a. d. D.

Den deutschen zunächst kommen die in tschechischer Sprache;
es sind deren 10: „Cervantky“. Brünn. Redaktion und
Expedition: Josephstr. Nr. 21. Vierteljährlich 85 Kr. —
„Dobrá Věst“ („Arbeiter-Zeitung“). Wien. Redaktion und
Expedition: V. Schloßgasse 2. Vierteljährlich 75 Kr. —
„Glas Lidu“. Prohnitz. Redaktion und Administration: Arbeiter-
haus. Vierteljährlich 85 Kr. — „Pravo Lidu“. Prag. Viertel-
jährlich 50 Kr. — „Kasple“. (Humoristisch-satirisch.) Brünn.
Redaktion und Administration: Josefstadt 21. Erscheint einmal im
Monat. Jährlich 74 Kr. — „Novost“. Brünn. Redaktion und
Administration: Josefstadt 21. Erscheint jeden Donnerstag.
Vierteljährlich 75 Kr. — „Sociální Demokrat“. Prag.
Redaktion und Administration: II., Regnická ulice 14. Jährlich
1 fl. 10 Kr. — „Svoboda“. Radno. Vierteljährlich 85 Kr. —
„Jap. Ces. Povel Lidu“. Pilsen. Redaktion und
Administration: Solmsova ulice 6. Vierteljährlich 50 Kr. —
„Zemský List“. Brünn. Redaktion und Administration: Josef-
stadt 21. Erscheint am 2. und 4. Dienstag jeden Monats. Viertel-
jährlich 24 Kr.

In italienischer Sprache erscheinen zwei und zwar:
„L'Avvenire“. Triest. Vierteljährlich 40 Kr., und „El Savo-
ratore“ in Rovereto.

Zwei weitere Blätter erscheinen in polnisch: „Naprzód“.
Redaktion und Administration: Krakau, M. Szewska 2. 7. partere.
Erscheint wöchentlich, und zwar jeden Donnerstag. Vierteljährlich
75 Kr. — „Nowy Robotnik“. Erscheint vierzehntägig in
Lemberg, M. Szajnoch 7. Jährlich 1 fl. 60 Kr.

In der slowenischen Sprache erscheint nur ein Organ:
„Delavce“. Wien, V/1, Schloßgasse 2; Vierteljährlich 75 Kr.
Ebenso wird in kroatischer Sprache nur ein Partei-Organ
herausgegeben. Es heißt sich: „Svoboda“, erscheint in
Wien, V/1, Schloßgasse 22, und kostet halbjährlich 72 Kr.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.
— Durch Verurteilung der Mai-Agitationsnummer des
„Sächsischen Volksblattes“ sollen drei Arbeiter, die die
Nummer in dem Ort Lichtentanne vertrieben hatten, groben Unfug
begangen haben. Sie bekamen Strafbefehle über je 50 M., wogegen
sie gerichtliche Entscheidung anriefen. Das Schöffengericht in
Zwickau bestätigte die Strafbefehle. Belästigt gefühlt hat sich durch
die Verurteilung nur der Pastor in Lichtentanne. Hoffentlich wird
gegen das Urteil Berufung beim Landesgericht eingelegt. Jedenfalls
hat die Presse, gleichviel welcher Partei sie dient, ein durch kein
Urteil wegzudeckendes Interesse daran, den bisherigen Zustand
unverändert zu sehen, wonach von einer Zeitung Agitations-
nummern verbreitet werden dürfen, ganz egal, ob der Empfänger
sich durch den Inhalt der Nummer „belästigt“ fühlen kann oder nicht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Holzarbeiter! Bei der Firma Böhler u.
Schwab, Große Frankfurterstr. 16, befinden sich sämtliche
Tischler und Drechsler seit Montag, 2. August, im Streik,
um einen Abzug abzuwehren. Die Unternehmer suchen durch
Rechtswegs andere Arbeiter heranzuziehen, was ihnen bis heute
noch nicht gelungen ist. Die Polizei ist bemüht, den Unternehmern
durch scharfe Aufsicht vor der Werkstatt zur Seite zu stehen. Sobald
sich die Streikenden in der Nähe der Werkstatt sehen lassen, oder
im Gartenlokal im selben Hause verweilen, werden sie durch die
heilige Hermandad verschreckt. Es wird alles getan, um den
freien Arbeiter, der gern dann arbeitet, wenn andere für Ver-
besserung ihrer Lage eintreten und infolge dessen gezwungen sind,
die Arbeit niederzulegen, vor allen Belästigungen zu bewahren. Die
Holzarbeiter Berlins werden ihre Solidarität den Streikenden gegen-
über bewähren.

Wegen Lieferung ungenügenden Materials haben s. a. m. t.
liche Vergolderinnen in der Barockleisten-Branchen der Firma
Ad. Beckmeier, Schmidstr. 8a, die Arbeit niedergelegt. Die Ver-
goldnerinnen werden ersucht, den Zugang während der Dauer der
Arbeitsniederlegung streng fernzuhalten.

**Der Vorstand des Vereins der Berliner Buchdrucker
und Schriftsetzer** hat, wie bereits mitgeteilt, beschlossen, wegen
des Ausschlusses mehrerer Mitglieder eine *Uraabstimmung* vor-
nehmen zu lassen. Damit erklärt sich, wie uns berichtet wird, eine
Anzahl der Mitglieder nicht einverstanden, sondern sie hat die Ein-
berufung einer neuen außerordentlichen Mitgliederversam-
mlung beantragt, damit diejenigen der vom Ausschuss
eventuell betroffenen Mitglieder, die in der letzten Versammlung
infolge der Annahme eines Schlusstratums nicht zu Wort kamen, sich
vertheidigen können.

Deutsches Reich.

An die Metallarbeiter Deutschlands! Dänische Fabri-
kanten von der Eisenindustrie suchen in Deutschland Arbeits-
kräfte. Da die Metallarbeiter Dänemarks im Kampfe mit den
Unternehmern stehen und von diesen ausgesperrt worden sind, wird
erwartet, daß kein deutscher Metallarbeiter den Locken der dänischen
Unternehmer Folge leistet. Bemerkt sei hierbei noch, daß, wenn
die Fabrikanten Dänemarks schon den eigenen Landeskindern nicht
das Maß von Recht zugehen wollen, auf das jeder Arbeiter selbst
in der bürgerlichen Gesellschaft Anspruch hat, sie die etwa ein-
wandernden ausländischen Arbeiter natürlich noch viel ärger be-
drücken würden, weil diese, der Sprache unkundig und ohne den
Schutz der Organisation, vollständig in ihre Hand gegeben wären.
Deshalb werde jeder deutsche Metallarbeiter Dänemark, bis der
Friede erklärt ist!

An die deutschen Maurer. Kollegen! Seit Jahr und Tag
sind wir gezwungen, zur Durchsührung unserer Forderungen: Reum-
stundentag und 60 Pf. Stundenlohn, im Kampfe zu verharren. Wenn
sind wir bereit, die daraus entstehenden Opfer zu tragen, wissen
wir doch, daß insbesondere die Versorgung der Arbeitsetzenden
der Hauptliche der Arbeiter sein muß. Unsere Erfolge sind recht
günstig. Werden wir auch ferner von Euch moralisch so unterstützt, wie
Bewantwörterter Redakteur: August Jacoby in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glöckle in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

bisher, so ist kein Zweifel, daß der Sieg bleibt. Daß das auch für
die Maurer Deutschlands von Vorteil sein muß, versteht sich von selbst.
Da nun in den letzten Tagen der Zugang hierher recht bedeutend
war und noch nicht alle hiesigen Kollegen in Arbeit sind, so wird
uns der Kampf erswerter, und Mißmut in den Reihen der Kollegen
ist die Folge davon. Also, Kollegen, bis jetzt steht unsere Sache
sehr günstig, haltet den Zugang fern, und wir werden den
Sieg für uns und Euch vollständig machen. Besonders machen
wir es den organisierten deutschen Kollegen zur Pflicht, dafür
zu sorgen, daß wir von Zugang verschont bleiben. Mit kollegialem
Gruß! Die Lohnkommission der Berliner Maurer.

Achtung, Vergolder! Wie aus Prag neuerdings berichtet
wird, haben in der Goldleistenfabrik von Sigmund Feigl in Prag
55 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Nach einer „Verord-
nung“ des Unternehmers soll an stelle der bisher üblichen Arbeits-
zeit von 10 Stunden die 11stündige Arbeitszeit eingeführt
werden. Die dortigen Kollegen traten diesem Annehmen energisch
entgegen. An dem Streik sind beteiligt: 12 verheiratete,
14 ledige Arbeiter und 9 Arbeiterinnen. In einer kürz-
lich stattgefundenen Versammlung der Prager Kollegen wurde
festgestellt, daß der Unternehmer bestrebt ist, „Arbeitswillige“
heranzuziehen, jedoch bisher sind alle seine Bemühungen ge-
scheitert. Die Aussichten für die Streikenden sind günstig und
beschlossen dieselben, den Streik mit aller Energie weiter zu führen.
Der Vergolder Oskar Kuba (nicht Otto Kuba, wie ir-
thümlich gemeldet wurde) bemüht sich in seiner Eigenschaft als
Beisitzer seinem Chef Arbeitskräfte heranzuziehen, und werden die
Kollegen dringend ersucht, den Zugang nach dieser Firma streng fern-
zuhalten. Der Hauptvorstand der Vergolder Deutschlands,
J. A.: Franz Nary, Vorsitzender, Berlin, Doppelstr. 43.

In Posen beschlossen die streikenden Tischler am
Sonntagabend in einer Versammlung einstimmig folgenden Beschluß:
„In anbetragt der noch nunmehr zwölfwöchiger Dauer des Streiks
unverändert günstigen Situation wird der Ausstand unverändert
fortgeführt. Die Streikenden protestieren gegen die von der hiesigen
Behörde unter dem 5. August erlassene Verordnung, wodurch sich die-
selben in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte auf's
schwerste geschädigt fühlen; sie erblicken in dieser Verordnung eine
Verletzung, die bewirken soll, die Streikenden zum Nachgeben zu
veranlassen, welcher Zweck aber nicht wird erreicht werden. Die
Ausständigen geloben, trotz etwaiger Provokationen, ruhig und be-
sonnen wie bisher auch ferner ihre gerechte Sache zu vertreten.“
Der Streikstreik dauert unverändert fort. Zugang kommt
so wenig wie gar nicht.

Ueber den Ausstand der Instrumentenarbeiter der Fabrik
der Piano-Mechanik und Halbtonfabrik von Morgenstern und
Kottrade in Leipzig geht uns ein ausführlicher Bericht zu, dem
wir folgendes entnehmen: Im Mai hatten die Arbeiter genannter
Fabrik durch eine Lohnbewegung eine Verbesserung der Löhne durch-
geführt; auch hatten die Fabrikanten das Versprechen abgegeben, Maß-
regelungen nicht vorzunehmen. Das letztere wurde von den Fabri-
kanten nicht gehalten, es wurden im Laufe der Zeit 22 Mann entlassen,
und zwar Leute, die zum Theil 6, 10, 16 und 18 Jahre in der
Fabrik thätig waren. Um dem Verfahren der Fabrikanten, die
immer mehr neue Arbeitskräfte anlernen ließen, Einhalt zu thun,
traten im Juli 63 Mann in den Streik, 85 arbeiteten weiter. Von
den Streikenden haben bis jetzt 29 anderweit Beschäftigung er-
halten, sodas noch 34, darunter 25 Familienmänner mit 56 Kindern
sich im Ausstand befinden. Zugang ist streng fernzuhalten, auch
darauf ist zu achten, daß die Arbeiten der betreffenden Firma
nicht in anderen Werkstätten angefertigt werden. Mittheilungen,
den Ausstand betreffend, sind zu richten an den Vertreter des
deutschen Holzarbeiter-Verbandes Mich. Weibel, Leipzig,
Sidonienstr. 41.

Vom Dresdener Gutmacherstreik wird uns berichtet: Aus-
ständig sind 96 Mann, ein Theil ist abgereist, einige haben andere
Arbeit gefunden. Die Stellen der Streikenden sind durchweg von
den Fabrikanten mit anderen ungelerten Arbeitern besetzt worden.
Diesen geben sie 14 Tage lang 18 M. Lohn pro Woche, nachdem
sollen die Leute im Accord arbeiten. Die vollständig un-
wahren Veröfentlichungen der Fabrikanten in den Zeitungen
hatten zur Folge, daß die Fabriken von indifferenter,
arbeitslosen Arbeitern in den letzten Tagen überlaufen
wurden, so daß die leeren Plätze im Ru besetzt waren.
In der Fabrikantenvereinigung führen die Großunternehmer der
Strohhutbranche das Wort; sie, die vom Streik garnicht berührt
werden, drängen zu der ablehnenden Haltung. Die Unternehmer
haben sich gegen Konventionalstrafe verpflichtet, keinen der aus-
ständischen Arbeiter wieder anzunehmen.

In Pavia sind die Werkstuhlarbeiter der Lötzer
in eine Lohnbewegung eingetreten. Falls die Unternehmer bis
Freitag den aufgestellten Lohnarif nicht anerkannt oder sich sonst
erklärt haben, soll seitens der Gehilfen Sonntagabend, den 14. August,
die Arbeit gelähmt werden. Der Tarif soll, ohne Kündigung, ein
Jahr gelten. Außerdem wird die zehnwöchige Arbeitszeit verlangt.
Der Zentralvorstand der Lötzerorganisation hat seine Zustimmung
zu dem Vorgehen der Gehilfen gegeben.

Ausland.

**Die große Ausperrung der dänischen Eisen- und
Maschinenarbeiter** dauert weiter, da die Stellung der Fabrikanten
das Zustandekommen eines Schiedsgerichts unmöglich gemacht hat.
Die drei autoritativen Herren, welche ein solches halten zu stande
bringen wollen, müssen erklären, daß die Auffassung über die Be-
slegung des Konflikts bei den beiden Parteien zu verschieden ist, als
daß der Eruch eines Schiedsgerichts möglich wäre. Da die Ar-
beiter das denkbar größte Entgegenkommen bewiesen und alle
Forderungen und Wünsche der Fabrikanten hinsichtlich des Zustande-
kommens des Schiedsgerichts annahmen, liegt die Schuld allein an
den Fabrikanten, die eben keine Forderung der Arbeiter erfüllen
wollen.

**Ueber den zweiten Jahreskongreß des schwedischen Staats-
bahn-Maschinenarbeiter-Verbandes** wird uns berichtet: Jehn
Ortsverbände waren vertreten. Im letzten Jahre haben sich die
Lokalverbände von 7 auf 10 vermehrt. Es wurde die Begründung
einer Begräbniskasse beschlossen; weiter eine Resolution angenommen,
worin die Eisenbahn-Direktionen um alljährliche Bewilligung eines
zehntägigen Urlaubs ohne Lohnabzug ersucht werden.

Der Streik der Seeleute in Stockholm dauert schon
einige Wochen. Die Regierung stellt sich auf seiten der Unternehmer,
indem sie von den Kriegsschiffen Matrosen als Streikbrecher ab-
kommandirt.

In der Frauenbewegung. In drei Gewerkschaften der Genter
Leinenindustrie sind, wie die „Gleichheit“ mittheilt, neben 1163
Männern 2222 Frauen organisiert. Fünf Vereine der Arbeiterchaft
der Baumwoll-Industrie zählen zusammen 2969 männliche und
1916 weibliche Mitglieder. Dreizehn andere Genter Gewerkschaften
weisen zusammen einen Mitgliederstand von 6882 Arbeitern
und 4172 Arbeiterinnen auf. Die durch den Genter „Boornit“
repräsentirte Genossenschaftsbewegung hat sehr wesentlich die
gewerkschaftliche Organisation der Genter Arbeiterinnen gefördert.

**In der Maschinen-Bewegung der englischen Maschinen-
bauer** wird aus London berichtet, daß die Modellmacher sich der
Bewegung nicht anschließen wollen. Bei der vorgenommenen
namentlichen Abstimmung stimmten 1100 für den Ausstand und
1123 dagegen. — Die „Vereinigung der freien Arbeiter“, eine von dem
Unternehmertum protegirte Streikbrecher-Gesellschaft, macht bekannt,
daß sie bis jetzt 1800 Mann an die an den Ausperrungen beteiligten
Firmen abgegeben habe. Freilich will das nicht allzu viel bedeuten,
wenn man bedenkt, daß diese Firmen sonst gegen 10 000 Arbeiter
beschäftigen. Diese „freien Arbeiter“ werden bei ihrer Arbeit von
früheren Polizisten beschützt; die Kosten trägt der Verein.

Soziales.

Unfallgefahr und Unternehmerrücksicht. In Weitenstein
bei Wien stürzte am 12. Juli aus dem Bau der Stadtbahn ein
Gerüst ein, wodurch drei Arbeiter Knochenbrüche erlitten. Die

Erbauer des Gerüstes, Zimmermeister Franz Dezer und dessen
Polier Franz Artner, wurden der groben Fahrlässigkeit und
der Gefährdung der Sicherheit des Lebens angeklagt, vom Gericht
aber freigesprochen, da der Einbruch des Gerüstes durch einen Wollen-
bruch verschuldet worden sei. In der Gerichtsverhandlung hatte der
vorgeladene Sachverständige, ein Herr Kapf, angegeben, das Gerüst
sei ebenso sicher, wie die anderen Gerüste dieser Art; absolut sicher
könne ein Gerüst nicht sein, da ein absolut sicheres dreis-
mal so viel koste.

Der Richter bemerkte darauf: Sie sagen also offen, daß mit
Rücklicht auf die Kosten das Leben der Arbeiter
risikirt werden darf?

Der Sachverständige erwiderte: Ja!
Dieses Ja des Sachverständigen kennzeichnet die Grund-
sätze, wonach heutzutage im Baugewerbe gewirthschaftet wird. Und
nicht nur in diesem, sondern auch in zahlreichen anderen Gewerben.
Es sei nur an den Bergwerksbetrieb erinnert. Im Zeitalter des
Kapitals gilt das Leben eines Arbeiters für nichts, denn es giebt
genug der Brotlosen, durch welche die in Dienste der Industrie
ums Leben gekommenen Arbeiter ersetzt werden können.

Soziale Rechtspflege.

Gegen die Firma Hamann u. Co. (Buchbinder), die den
organisierten Buchbindern manchemal zu schaffen machte, lagte der
Anführer Lindloff beim Gewerbegericht auf Bewahrung einer
Lohnentschädigung. Er machte geltend, er sei ohne vorherige Kün-
digung entlassen worden, obwohl ihm die gesetzliche Kündigungsfrist
zugestanden habe. Im Laufe der Verhandlung wurde fest-
gestellt, daß von der Firma Hamann u. Co. nur noch die
Theilhaberin Fräulein S. vorhanden ist, während Hamann
und Frau unter Nichtbeachtung vieler Ver-
pflichtungen das Weite gesucht haben. Das
offenbar hineingelegte Fräulein S. ist nun dem Ansturm aller
Gläubiger allein ausgefegt. Der Kläger wurde von der Kammer VII
abgewiesen, da der Nachweis erbracht worden war, daß er schon
am Tage nach der Entlassung eine neue Stelle einnehmen sollte,
dem Angebot aber nicht Folge geleistet hat. Der Gerichtshof nahm
an, Kläger hätte den Schaden, den er ersetzt verlangt, durch die An-
nahme jener Stellung verhüten können; er habe ihn sich deshalb
selber zuzuschreiben und könne somit nicht die Beklagte in Anspruch
nehmen.

Für Bierfahrer dürfte ein Prozeß von größtem Interesse sein,
den das Reichs-Versicherungsamt zu Ende geführt hat.
Den Hinterbliebenen des Bierfahrers Vorbed, der den Folgen eines
Unfalles erlegen war, wurden unter der Begründung mit ihrem An-
spruch auf eine Unfallrente abgewiesen, das Vorbed seiner ganzen
Stellung nach nicht als versicherungspflichtiger Arbeiter gelten
könne. Mit ihrer Berufung hatte die Witwe keinen Erfolg. Das
Schiedsgericht begründete sein ungünstiges Urtheil folgendermaßen:
Vorbed hatte im letzten Lebensjahre an Provision mehr als
10 600 M. verdient, also ein Einkommen gehabt, mit dem
sich das eines Lohnarbeiters gar nicht vergleichen lasse. Auch habe
sich Vorbed in keinem Lohnverhältnis zur Brauerei
befunden, wie das vielfach bei Bierfahrern der Fall sei. Ungehörtlich
verkehrten diese mit ihren Kunden wie selbständige Unternehmer.
Sie kauften gewissermaßen das Bier von der Brauerei, und ihr
Verdienst, die sogenannte Provision, sei nichts als die Differenz
zwischen dem ihnen gewährten Vorzugspreise und dem Preise, der
für Wiederverkäufer üblich sei. Wenn sie Kredit gäben, thäten sie
es meist auf eigene Gefahr. Ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen
ihnen und der Brauerei liege auch nicht vor. Die Bierfahrer selbst
unterhielten Hilsfräfte (Mitfahrer), die von ihnen entlohnt würden.
Da dies alles auf V. zutrefe, könne er nicht als Arbeiter im Sinne
des Unfallversicherungs-Gesetzes angesehen werden. Das Reichs-
Versicherungsamt bestätigte diese Entscheidung.

Devisen und letzte Nachrichten.

Hirschberg, 10. August. (W. Z. B.) Nach dem heute aus
31 Gemeinden und Gutsbezirken vorliegenden Material über die
Hochwasserschäden im Kreise Hirschberg sind den Fluthen vier
Menschen und 166 Thiere zum Opfer gefallen; 19 Wohnhäuser
und 42 andere Gebäude wurden zerstört; erheblich beschädigt sind
72 Wohnhäuser und 75 andere Gebäude. An Brücken sind 124 zer-
stört, 53 beschädigt; von Stegen sind zerstört 11 278 Meter und
erheblich beschädigt 85 887 Meter. An Acker, Wiesen und Gartenland
sind fortgeschwemmt 287 Hektar, gänzlich verendet sind 919 Hektar.

Böln, 10. August. (W. Z. B.) Gegenüber der Nachricht Brüsseler
Blätter, König Leopold habe die Strafanträge gegen zwei deutsche
Zeitungen („Hamburger Echo“ und „Proletarier aus dem Culengebirge“) nicht veranlaßt, schreibt die
„R. Z.“, daß, wie in solchen Fällen üblich, durch das Aus-
wärtige Amt bei dem König dieserhalb angefragt wurde, ob er
die Strafverfolgung durch die deutsche Staats-
anwaltschaft wünsche. Die Anfrage sei bejahend be-
antwortet worden.

Frankfurt a. M., 10. August. (W. Z. B.) Der „Frankf. Ztg.“
wird aus Konstantinopel gemeldet: Der Minister des Aeußern theilte
den Volkshattem mit, daß gegen 500 bewaffnete Armeenier am
Donnerstag von Serbien aus die türkische Grenze überschritten
und sich der Ortschaft Heliari in Sandjakat bemächtigt haben. Es
wurden sofort Truppen gegen die Armeenier abgeschickt, und gleichzeitig
sandte die Pforte eine starke Protestnote an die persische Regierung.

Wien, 10. August. (W. Z. B.) Dem „Neuen Wiener Tag-
blatt“ zufolge leidet König Milan schon seit längerer Zeit an einer
komplizirten Erkrankung innerer Organe, wodurch seine Kräfte
erheblich geschwächt sind.

Prag, 10. August. (W. Z. B.) In einer amtlichen Zuschrift an
die Zeitung „Politik“ erklärt der Bürgermeister von Prag, die
Melbung der Czechenblätter, daß die Erzeße der letzten Tage von
Deutschen injuzirt seien, und daß die Polizei und Stadt-
behörde Partei gegen die Czechen ergriffen haben, für
lügenhaft. Der Bürgermeister ländigt gerichtliche Schritte
gegen diese Blätter an und konstatirt nochmals, daß alle An-
schreitungen von den Czechen planmäßig arrangirt und durchgeführt
wurden, und daß bei den Zusammenstößen nur Deutsche verwundet,
und daß sämmtliche wegen Widersetzlichkeit Verhafteten Czechen ge-
wesen seien.

Rom, 10. August. (W. Z. B.) Hier wurde vorgestern der Schneider-
meister Moroni verhaftet, weil bei einigen Anarchisten in Ancona
beschlagene Briefe seine Theilnahme an der Verschwörung
Acciaris' erwiesen haben.

Neapel, 10. August. (W. Z. B.) Wie einem hiesigen Blatte aus
Lucera telegraphisch berichtet wird, ist der dortige Polizeikommissar
der Ansicht, daß der Mörder Canovas' ein gewisser Michel Angiolillo,
26 Jahre alt, aus Foggia gebürtig, ist, der seinen Namen verändert
habe. Angiolillo sei im Jahre 1888 von dem Gericht in Lucera
wegen anarchistischer Propaganda mittels umhüllterischer Schriften
und wegen Beleidigung des Staatsprofutators verurtheilt worden.
Er habe seine Strafe im Gefängnisse von Lucera abgeahnt, sei dann
heimlich ausgewandert und habe sich nach Spanien begeben, während
er von der italienischen Polizei eifrig gesucht wurde.

San Sebastian, 10. August. (W. Z. B.) Ein Mann, welcher
unter dem Verdachte stand, Anarchist zu sein, wurde gestern hier
verhaftet, aber wieder freigelassen, nachdem sich herausgestellt hatte,
daß er ein italienischer Bankier ist.

London, 10. August. (W. Z. B.) Die hiesigen anarchistischen
Klubs bestreiten entschieden, jemals mit dem Mörder Canovas' in
Verbindung gestanden zu haben. Trotzdem soll die Polizei festgestellt
haben, daß Gotti vor nicht langer Zeit sich in London aufgehalten hat
und Mitglied eines kleinen Klubs italienischer Revolutionäre gewesen ist.

Moskau, 10. August. (W. Z. B.) In der Stadt Moskawl
entstand bei heftigem Winde eine Feuerbrunst, welche gegen zwei-
hundert Häuser, eine Synagoge und sechs jüdische Gebetschulen ein-
äscherte. Die Unterführung für die durch das Feuer Geschädigten
wird in die Wege geleitet.

Für die Opfer der Hochwasser-Katastrophen

Sind und ferner die folgenden Beiträge zugegangen: A. C. 8.—, Seher, Buchdrucker —, 50. Th. G. 1.—, Von Kunstler d. Gasmann 3.—, Bude aus der Ritterstr. 78, H. W. 3.—, Von den Genossen der Tischlerwerkstatt von Nishmann durch Forner 8.—, Werkstatt Busse, Brunnenstr. 175, 10.—, Von den Ledirern von Pitsch 5.25, Jul. Rückert 1.—, Pfarr, Putzstr. 10, 2.—, Tischlerei Siebert, Adalbertstr. 20, 3.—, Martin Baumberg 2.—, Gesammelt in der Buchbinderei Ritterstraße Nr. 48 durch S. G. 9.20, P. 3.80, J. M. 1.—, Buchdrucker Otto Gieser 86.90, A. Meuhol 2.—, Benner u. Krumm, Giesen 10.—, L. Werner, Brombach 10.—, J. B., Charlottenburg 2.—, Gesammelt auf dem Sommervergügen der Metallarbeiter Köpenicks 6.65, H. Plotow 6.80, C. S., Hisebad Baußen 20.—, Deutscher Holzarbeiter-Verein, Johannisstr. 6.50, Dr. L. H. 500.—, Summa 656.00, Vereis quittirt 362.85, Gesamtsumme 1019.45 M.

Wir bitten um weitere Beiträge, die von uns mit dem Ergebnis der bisherigen Sammlung an das Zentralkomitee abgeführt werden. Die Expedition des „Vorwärts“, SW. 19, Deutstr. 2.

Lokales.

Ueber die geschäftliche Lage der Berliner Branndindustrie im Jahre 1896 bringt der Jahresbericht der Kaufmannschaft eine Reihe bemerkenswerther Mittheilungen. Bekanntlich hat jede ökonomische Hauptgliederung der herrschenden Klassen ihre vom Staate autorisirte Organisation, während in konsequenter Betätigung der Klassenherrschaft dem unterdrückten Proletariat beharrlich die Bildung von Arbeiterkammern verweigert wird. Dieser dem Staat der Sozialreform so recht charakterisirende Umstand hat natürlich zur Folge, daß in den Berichten der kapitalistischen Industrie-Organisationen der Arbeiter entweder gar nicht oder höchstens mit einigen heuchelnden oder gar gehässigen Wendungen gedacht wird. In dem uns vorliegenden Auszug, der sich über die Entwicklung der Berliner Branndindustrie ausläßt, sind die in diesem Zweige beschäftigten Arbeiter mit keiner Silbe erwähnt. Trotzdem ist mancherlei in dem Berichte beachtenswerth. Im Berichtsjahre (1. Oktober 1895 bis 30. September 1896) scheinen die Brauereien sich im allgemeinen von der empfindlichen Lektion erholt zu haben, welche die Arbeiterkassen im Vorkriegsjahre 1894 nach vergeblichen Ausgleichsbemühungen erteilen mußte. Wenn auch im Bericht gesagt wird, daß die verfloessene Gewerbe-Ausstellung betreffs des Bierabfages die gehegten Erwartungen nicht voll erfüllt hat, so weisen doch untergährige als obergährige Betriebe, erstere 29, letztere 61 in Anzahl in den Ziffern des Malzverbrauchs und der Produktion gegen das Vorjahr erhebliche Steigerungen auf. Diese sind die höchsten in der Periode von 6 Jahren, welche die nachfolgende Tabelle umfaßt:

Table with 4 columns: Malzverbrauch, Anz. Zahl, M.-Steuer, and Pro- duktion. It compares data for 1890/91, 1891/92, 1892/93, 1893/94, 1894/95, and 1895/96 across different categories.

Den höchsten Absatz erreichte, wie sich denken läßt, die Schultzei-Brauerei mit 478 478 Hektolitern. Es kam noch hinzu, daß die Konjunktur auf dem Hochmaterialienmarkt für die Brauereien außerordentlich günstig war. Die Notirungen für Gerste und Brauereizweizen waren nicht höher, wohl aber war die Ausgiebigkeit der Waare erheblich größer als in 1894/95. Die Zahlen der Berliner Ein- und Ausfuhr sind im Berichtsjahre die folgenden gewesen: Die Einfuhr nach Berlin hat 875 000 Hektoliter betragen; von Süddeutschland wurden 220 540 Hektoliter gegen vorjährige 191 383 Hektoliter eingeführt. Die Ausfuhr ist von vorjährigen 490 810 Hektoliter auf diesjährige 477 212 Hektoliter, das heißt um 13 098 Hektoliter zurückgegangen. Die Ursache des übrigens nicht erheblichen Rückganges dürfte nach dem Bericht darin zu finden sein, daß die Berliner Brauereien wegen starker Inanspruchnahme innerhalb des Stabilitätskreises das Exportgeschäft weniger gepflegt haben. Nimmt man ohne Berücksichtigung der aus dem Vorjahr übernommenen Bestände, die Berliner Produktion (3 618 521 Hektoliter) abzüglich der Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr (477 212 bis 875 000 gleich 102 212 Hektoliter) also 3 511 309 Hektoliter als die von der Berliner Bevölkerung in 1896 konsumirte Biermenge an, so ergibt sich bei einer mittleren Einwohnerzahl von 1 677 185 ein Konsum von 209 Liter auf den Kopf der Bevölkerung. Die erhebliche Steigerung gegen das Vorjahr, in welchem die durchschnittliche Konsumtionsziffer nur 185 Liter betragen hatte, dürfte ebensowohl auf den Fremdenzufluß durch die Gewerbausstellung, wie auch darauf zurückzuführen sein, daß die allgemeinen Erwerbsverhältnisse bessere gewesen sind.

So im wesentlichen der Bericht der „Kellerei“. Wieviel von dem reichen Biersegen des Jahres 1896 den Arbeitern in der Branndindustrie durch etwa erfolgte Lohnerhöhungen zu theil geworden ist — darüber schweigt des Sängers Höflichkeit bescheiden.

Der engere Ausschuss des Komitees für die Ueberschwemmten hat gestern unter Vorhitz des Oberbürgermeisters Beschlüsse gefasst, das folgende in Aussicht zu nehmen: 1. Es soll an die größeren Banthäuser das Ansuchen gerichtet werden, in ihren Komtoirs Sammelstellen anzulegen. 2. Es sollen Sammelstellen an die Hauswirthe übergeben werden, um dieselben bei ihren Miethern zurufen zu lassen. 3. In jedem Stadtbezirk soll auf Vorschlag des betreffenden Bezirksvorstehers außerhalb eines Hauses unter Kontrolle des Bezirksvorstehers eine Sammelbüchse angebracht werden. Ferner ist beschlossen worden, 30 000 M. dem Komitee für Württemberg, 30 000 M. der sächsischen Gefandtschaft hierfür für die Ueberschwemmten in Sachsen, 30 000 M. dem Ober-Präsidenten von Schlesien für die schlesischen Ueberschwemmten und 5000 M. für die Pausch, für Guben und Jork sofort zu überweisen.

Das deutsche Korn, auf dessen „Schuh“ unsere agrarischen Raubritter so viel Werth legen, wird in Ostpreußen und noch weiter hinein ins Deutsche Reich zum großen Theil nicht von deutschen Bauern, sondern von den Angehörigen einer fremden Rasse gebaut. Charakteristisch dieß der Bericht, den die Landwirtschaftskammer der Provinz Brandenburg für 1896 über die landwirtschaftlichen Arbeiterverhältnisse veröffentlicht. Es heißt darin: Die Arbeiterverhältnisse haben sich für die brandenburgische Landwirtschaft noch nicht gebessert, im Gegentheil in elli-chen Be-

zirten weiter verschlechtert. Der Zug der kräftigen Jugend zu den Städten hat sich nicht vermindert. Dieser hat vielmehr zugenommen. Der Ertrag an Feldarbeitern fand noch mehr als im Vorjahre durch Kassen und Polen statt, weil die Worthändler Schnitter zu heuer werden. Durch solchen Zuzug aber werden die Arbeiterverhältnisse nimmer verbessert. Ihre Dehung kann nur eintreten, wenn wieder mehr Naturallohnung eingeführt wird. Zur Bildung von Rentengütern für die Arbeiter, wenn solche nicht so klein sind, daß die Arbeiter sie mit ihrer Familie gewissermaßen gärtnerisch bearbeiten können, ist nicht zu rathen.

Es kennzeichnet die politische und wirtschaftliche Rückständigkeit derer, die das widerwärtige Gebreche des preussisch-deutschen Alerpatriotismus für das schönste Ding von der Welt ausgeben, daß sie sich nicht bestreben, den verzweiflungsvoll in die Großstadt fliehenden deutschen Landarbeiter zu einem annähernd menschlichen, der modernen Kultur angepaßten Dasein zu verhelfen, sondern daß sie das unmögliche als ihr Ziel vorschützen und den Agrarproletarier in Verhältnisse zurückdrängen wollen, mit denen die moderne Produktionsweise auch in der ostpreussischen Landwirtschaft für immer ausgeräumt hat.

So muß es kommen! In der „Zeit“ lesen wir: Die Anwesenheit der gesamten Gendarmen in Pichelsdorf hat es unmöglich gemacht, einen Strolch hinauszu jagen, der am Sonntag auf dem Wege nach Panlow die Spaziergänger ohne jede Veranlassung anrempelte und mit Steinen bewarf. Als man ihm zu Leibe ging, zog er ein Messer, was die Beteiligten veranlaßte, kurzen Prozeß zu machen und den Durschen gründlich durchzuprügeln. Die Absicht, ihn einem Gendarm zu übergeben, konnte nicht ausgeführt werden, da ein solcher nicht anzutreiben war. Und ferner steht in dem genannten Blatt zu lesen: Die Nervosität der Behörden hat bei dieser Gelegenheit wieder mal eine häßliche Wüthe gezeigt; die gesamte Gendarmen des Kreises war in Pichelsdorf vereinigt; in Spandau standen zwei Kompagnien Infanterie und eine Abtheilung Train, alle mit scharfen Patronen versehen, in Bereitschaft. Die letzte Mittheilung wird vom „Vorwärts“ angezweifelt; wir müssen ihm diesen Optimismus leider rauben, da wir nach authentischer Quelle die Richtigkeit der Angaben bestätigen können. Trotz des unheimlichen Aufgebots von bewaffneter Macht sind keinerlei Ausschreitungen vorgekommen.

Auf dem Festplatz in Pichelsdorf, so schreibt ein Leser, konnte man am letzten Sonntag neben vielen Erhebenden eine Erscheinung wahrnehmen, die, gelinde gesagt, als Unflut bezeichnet werden muß. Ich meine das Auswurfseln von lebenden Thieren, als Hühnern, Tauben, Kanarienvögeln und Goldfischen. Die Thiere werden bereits am frühen Morgen hinaus befördert; hat schon der Spielbudenbesitzer wenig Interesse daran, daß ihnen Futter und Wasser gerichtet werde, so ist die Behandlung die der „glücklichen Gewinner“ den armen Geschöpfen zu theil werden läßt, einfach als Thierquälerei zu bezeichnen. Das Thier, wird ohne Nahrung den ganzen Tag herumgeschleppt und nicht allein vom Eigenthümer, sondern auch von dessen etwaigen Bekannten in die Hand genommen und belastet in einer Weise, die jeden Thierfreund mit tiefem Bedauern erfüllen muß. Mag das Festkomitee auch gegen das Geschäft, welches die Budenbesitzer betreiben, nichts ausrichten können, und mögen vielleicht auch die Behörden nicht im stande sein, gegen den Unflug einzuschreiten, so wäre doch zu wünschen, daß die Festheilnehmer selber bei künftigen Gelegenheiten eine Remede insofern versuchten, als sie den Inhabern der Märkelbuden möglichst wenig Gelegenheit gäben, lebende Waare an den Mann zu bringen. Aus den Arbeiterlokalen Berlins, wo früher zuweilen dasselbe Spiel getrieben wurde, ist der Unflug glücklich verbannt worden; ein gleiches sollte auch bei den Sommerfesten der Arbeiterschaft möglich sein.

Im Kampfe gegen die Straßenhändler wird diesen von gegnerischer Seite bekanntlich auch der Vorwurf gemacht, daß sie ihre „edelste Waare“ in „ekelerregender Weise“ zum Verkauf bringen. Nun mag ja Obst von zweifelhafter Güte in diesem und jenem Falle auf der Straße verkauft werden; ganz dasselbe geschieht aber auch in Ladengeschäften, ohne daß es irgend jemandem einfiel, die Gemaththeit der Zubehrer stehender Geschäfte für die Sünden einzelner verantwortlich zu machen. Als Beweismittel dafür, daß selbst Leute, die in dem Auf stehen, Waare erster Güte auf den Markt zu bringen, es mit der Appetitlichkeit nicht allzu genau nehmen, bemahrt der Vorstand des Vereins der Straßenhändler jetzt eine — alte Weste in seinen Räumen auf. Die „Werderischen“ bringen ihre Früchte bekanntlich in Lienen verpackt auf den Markt und sind diese Lienen mit Stofftheilen verschlossen, in deren Wahl man zuweilen nicht besonders skrupulös zu sein scheint. Der Verschlußstoff der einen Liene entpuppte sich nämlich als eine alte, ausgebleichte und ausgerangte Weste, welche früher einmal augenscheinlich einem Werder'schen Kirchenspieler erb- und eigenthümlich zugehört hatte, von dem ehemaligen Besitzer aus nachliegenden Gräbern jedenfalls sortgeworren worden, aber von einem Obsthauer noch für durchaus zweckdienlich befunden worden war, als Verschluß einer Liene mit Kirchsen benutzt zu werden.

Uebersättigung herrscht gegenwärtig wieder in den Berliner Kantenhäusern. Die Anstalten suchen zwar den Kranken dadurch zu helfen, daß sie diejenigen, die sie selbst abweisen müssen, anderen zuweisen. Für die Leidenden aber sind die bei den jetzigen Verhältnissen unvermeidlichen Zurückweisungen und Wanderungen von einem Hause zum anderen durchaus nicht angenehm oder förderlich. Wir haben schon früher einmal darauf aufmerksam gemacht, daß die Angehörigen solcher Kranken, die eine Anstalt aufsuchen wollen, gut daran hätten, sich durch den Fernsprecher zu erkundigen, ob auch Platz vorhanden ist. Davon wird noch viel zu wenig Gebrauch gemacht, wahrscheinlich weil mancher, der selbst keinen Anspruch hat, sich scheuen mag, die Hilfe eines anderen in Anspruch zu nehmen. Diese Scheu ist aber ganz unberechtigt. Jeder Nachbar wird in einem solchen Falle jedem Hilfesuchenden seinen Apparat gern zur Verfügung stellen und für diejenigen, die mit ihm nicht umzugehen wissen, auch gern selbst die Anträge besorgen.

Die Einstellung von Wagen dritter Klasse für Nichtraucher soll auf der Stadt- und Ringbahn bald erfolgen. In der Regel wird jeder Zug unmittelbar vor und hinter der zweiten Wagenklasse einen Nichtraucherwagen dritter Klasse führen. Es ist nicht nur das Rauchen in diesen Wagen, sondern auch das Einsteigen mit brennender oder rauchender Zigarre in dieselben verboten.

In dem Mädchenmorde in der Lincustrasse wird noch gemeldet: Die Zeugenernehmungen am gestrigen Tage haben die bereits erschütterte Annahme, daß der Mord in der Zeit von 9 bis 10 Uhr abends ausgeführt sei, vollkommen umgeworfen. Es ist feststehend, daß die L. am Sonnabend um 11 Uhr die Elsfasserstraße passirt hat, ebenso, daß sie in der Zeit von 1/10—1/12 Uhr abends nicht nach Hause gekommen ist. Hiernach müßte das Verbrechen frühestens in der ersten Morgenstunde verübt worden sein. Nach dieser Feststellung erlangt die von dem Fuhrherrn Müller gemachte Beobachtung, nach welcher gegen 1/3 Uhr zwei Personen das Haus betreten, von denen die eine sich nach einer knappen Viertelstunde wieder entfernte, besondere Bedeutung. Auch von einigen anderen Hausbewohnern ist das Schließen der Thür beobachtet worden, jedoch vermochten diese so bestimmte Angaben wie M. über den Zeitpunkt nicht zu geben. Die polizeiliche Untersuchung an dem Braunen auf dem Hofe ergab übrigens ein negatives Resultat, da irgend welche Blutsuren an dieser Stelle nicht gefunden wurden. Allerdings ist dieß auch nicht unbedingt notwendig, selbst wenn der Mörder sich von dem Blute seines Opfers dorthin selbst gereinigt hat. Der Auffindung des Portemonnaies in der Hannoverischen Straße ist ebenfalls nicht zu viel Bedeutung beizulegen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Verbrecher nach Verübung der That absichtlich nach der Hannoverischen

Straße gegangen ist, um sich dort der Geldbörse zu entledigen, an einer Stelle, welche vielleicht ganz entgegengesetzt von seiner Wohnung liegt. Polizeiliche Streifen fanden in der Nacht zum Montag wie auch zum Dienstag in der Elsfasserstraße und deren Umgebung in größerem Umfange statt. Es wurden insgesamt einige 60 Juhälter nach den Polizeiwachen sifirt und zum theil auch in Haft behalten. Die Erwartung, daß sich unter diesen auch der Mörder der Marie Thiele befindet, ist aber selbgeschlagen.

Vom alten Polizeipräsidenten. Die Gebäude Mollensmarkt 1—3, in welchen früher das Polizeipräsidenten untergebracht war und wo sich jetzt eine Abtheilung des Amtsgerichts, die Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige, sowie die Aushebungskommission der Rekruten befinden, dürfen, wie das „V. Z.“ zu melden weiß, im nächsten Jahre zum Abbruch kommen. Die Verhandlungen mit dem Fiskus, dem die Grundstücke Nr. 2 und 3 gehören, sind so weit gediehen, daß deren Abschluß zu erwarten ist. Die Aushebungskommission der Rekruten und die Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige kommt nach dem alten Hamburger Bahnhof, Invalidenstr. 50.

Kommerzienrath Bolle. Dem frommen Meiereibesitzer Karl Bolle ist der Titel Kommerzienrath verliehen worden.

Die Allgemeine Annubus-Gesellschaft verlegt den Halteplatz ihrer Linie Frankfurter Linden—Potsdamer Brücke vom Potsdamerplatz nach der Flottwellstraße, Ecke Schöneberger Ufer.

Einem schlimmen Ausgange scheint der Unfall zu nehmen, der, wie wir schon kurz mittheilten, vor einiger Zeit den nach Berlin in ein Krankenhaus gebrachten, beim Grafen v. d. Schulenburg angehaltenen Privatförster Maguse aus Grünthal betroffen hat. Der Förster hatte einen neunjährigen Neffen bei sich zu Besuch, der mit einer Armbrust auf Raubvögel zu schießen pflegte. Eines Tages war wieder ein Vogel im Garten. Der Junge fragte seinen Onkel, der so stand, daß er den Neffen nicht sehen konnte, ob er sein Gewehr holen solle. In dem Glauben, daß der Neffe mit dem Gewehr seine Armbrust meine, bejahte der Förster die Frage und rief ihm auf die weitere Frage, ob er schießen solle, ahnungslos zu: „Ja! schieß nur!“ Der Neffe aber hatte statt der Armbrust das Gewehr seines Onkels genommen, und dieser erhielt den größten Theil einer Ladung Entenschrot ins Gesicht, während dem kleinen Schützen durch den starken Rückschlag der nur lose angelegten Finte das Kniegelenk getrennt wurde. Der verhängnißvolle Irrthum wird dem bedauerenswerthen Manne wahrscheinlich das Augenlicht kosten. Das eine Auge ist bereits ganz verloren und auch die Sehkraft des anderen wird kaum noch zu retten sein.

Von der Staatsanwaltschaft ist die Leiche des 12jährigen Johannes Sauerland beschlagnahmt worden, der, wie gemeldet, am Freitag beim Baden in der Rade'schen Anstalt in der Ballisadenstraße zu Tode gekommen ist. Wie die Obduktion ergeben, ist der Tod durch Herzschlag herbeigeführt. Nach Angabe von Kindern, welche mit dem kleinen S. gleichzeitig in der Anstalt gewesen, habe der Knabe vor dem Bassin gestanden, ohne ins Wasser hineingugehen und sei sodann von einem etwa 14jährigen Jungen, der schon vorher mit S. gesprochen, in die Pluthe hineingestoßen worden. Jedemfalls befand sich der Kleine, der im Bassin sofort unterging, sowohl im Wasser als auch später, nachdem er herausgeholt worden, in suchbarer Aufregung, die zweifellos die mittelbare Ursache zum Herzschlage gewesen ist.

Das Gerücht von einem Cholerafalle verbreitete sich gestern, Dienstag, Nachmittag gegen 2 Uhr im Norden der Stadt, namentlich in der Gartenstraße. Es lagen ihm folgende Thatsachen zu grunde. Der Mechaniker Koritkow aus der Wallstr. 79 zu Charlottenburg, der in der Eisengießerei von Adhemann u. Rahnemann in der Gartenstr. 21 beschäftigt ist, wurde hier nach heftigem Erbrechen und wässrigen Entleerungen plötzlich ohnmächtig. Man rief den Arzt Dr. K. von der Unfallstation 9 in der Eichendorffstraße herbei. Dieser stellte fest, daß der Kranke ganz kalt war, heftige Wadenkrämpfe und starkes Erbrechen gehabt hatte. Ueber seinen Abgang konnte er sich nicht äußern, da er nicht mehr vorhanden war. Es war deshalb dem Arzte auch nicht möglich, bakteriologische Untersuchungen entweder selbst anzustellen oder zu veranlassen. Er stellte die Diagnose auf cholera nostras, sorgte dafür, daß der Kranke mit einem Wagen der Unfallstation in seine Wohnung nach Charlottenburg gebracht wurde, und mußte das weitere den Ärzten der Krankenabtheilung überlassen. Aus diesem Sachverhalt sind keine bedenklichen Schlüsse zu ziehen. Derartige Fälle kommen jeden Sommer vor. Die Ursache der plötzlichen Erkrankung ließ sich noch nicht feststellen. Koritkow, der außer den anderen Erscheinungen auch eine sehr schwache Herzthätigkeit zeigte, giebt an, daß er vor Eintritt des Erbrechens und des Durchfalles so gut wie nichts gegessen habe.

Gefahren des Sonntagverkehrs auf der Stadtbahn. Ein zu langer Stadtbahnzug führte Sonntag Abend auf dem Bahnhof Alexanderplatz einen schweren Unfall herbei. Der dichtbestetzte Zug, welcher gegen 9 Uhr abends die genannte Station passirte, war so lang, daß die letzten Wagen außerhalb der Halle und des Perrons stehen bleiben mußten. Als es nun zum Aussteigen ging, stürzten die Passagiere in bekannter Hast aus den Rippen und fielen in die Tiefe, da sie in der Dunkelheit das Fehlen des Perrons nicht bemerken konnten. Dabei schlug die Wittwe Karoline Braun aus der Borselstraße 13, welche über einen älteren Herrn hinwegfiel, so unglücklich, daß sie sich einen Oberschenkel und einen Arm brach; sie mußte sofort einer Krankenanstalt überwiesen werden.

Eine höchst komische Befolgung der Polizeivorschrift über die äußere Heilhaltung des Sonntags kann man seit längerer Zeit in einigen Berliner Trinkhallen gewahren. Die Polizeiverordnung schreibt nämlich auch den öffentlichen Trinkhallen in den Straßen der Stadt vor, während der Nachmittagsstunden ihre Verkaufsgeschäfte — darunter Zeitungen — zu verhalten. Da nun in diesen Hallen zuweilen nichts anderes zur Bedeckung als etwa Zeitungen vorhanden sind, so helfen sich die Verkaufserinnen damit, daß sie zur Verhüllung der zu verkaufenden Zeitungen — Zeitungsbogen vom Vortage verwenden. Und so sieht denn der Passant zu seiner Erheiterung, daß man Zeitungen, um sie dem Auge zu entziehen, wieder mit Zeitungen bedeckt.

Das Ermittlungsverfahren am Anfall des Todes der Rosa Feinze, welche, wie gemeldet, in der Nacht zum Montag plötzlich unter eigenartigen Umständen verstorben ist, wird mit Erfolg erst einsetzen können, wenn das Ergebnis der Obduktion vorliegt. Die Aussagen der Freundinnen der Verstorbenen lauten vollständig widersprechend. In der Hauptsache sind es Druckflecke am Hals der Verstorbenen, welche zu der Erwägung Anlaß gegeben haben, ob etwa die Schuld eines Dritten vorliegen könne. Auch wird das Portemonnaie der Feinze vermißt.

Die Urania-Institute in der Taubenstraße und Invalidenstrasse sind seit Sonntag, den 8. August, wieder in der gewöhnlichen Weise geöffnet. Im wissenschaftlichen Theater der Taubenstraße wird noch einige Zeit der „Kampf um den Nordpol“ gegeben.

Im Passage-Panoptikum werden die Kinder der Wüste am nächsten Sonntag zum letzten Male auftreten.

Von einem schweren Verlust ist durch das Hochwasser in Schlessen auch eine Berliner Familie betroffen worden. Der 18jährige Sohn eines im Westen unserer Stadt wohnenden Zivilingenieurs, der nach Ablegung des Abiturientenexamens in einem größeren Eisenwerke praktisch lernte, um sich später am Polytechnikum dem Studium des Eisenbahnbauwes zu widmen, hielt sich auf Urlaub bei seinem Onkel in Steinkundenort im Eulengebirge auf. Am Nachmittage des 30. v. M. ging in genanntem Orte, nach tagelangem vorhergegangenen Regen, ein heftiger Wollenbruch nieder. Er verwandelte den Dorfbach innerhalb zwei E nden in einen reisenden Strom, auf dem Holz, Geräth-

Schasten und Feldfrüchte in totem Wirbel zu Thale trieben. Bei dem Versuch, eine mit den Blüthen ringende Ziege zu retten, gerieth der junge Mann in ein vom Wasser gerissenes Loch, wurde vom Strome mit fortgerissen und konnte trotz aller Anstrengungen der entsetzten Augenzeugen nicht gerettet werden. Am Sonnabend ging der trockenen Mutter, die hier zurückgeblieben war, von dem zur Auffindung der Leiche nach St. gereisten Gatten die drabliche Nachricht zu, daß die Leiche endlich eine Stunde unterhalb der Dörschalt in einem kleinen Gehirge gefunden worden sei.

Ein Bankdieb. Seit dem 6. d. M. ist nach Entwendung von 3000 Mark der in einem hiesigen Bankgeschäft thätig gewesene Lehrling Frh Schiel, der am 30. August 1879 in Glaue bei Dresden geboren ist, flüchtig. Das gestohlene Gut bestand in 3-prozentigen Hamburger Pfandbriefen und ist bei einer hiesigen Bank von Schiel verkauft worden. Der Flüchtige ist 1,70 Meter groß, hat dunkelblonde Haare, graue Augen, schlanke Gestalt, blaße Gesichtsfarbe. In seiner Begleitung soll sich der Schauspieler Bruno Eichgrün, am 10. Januar 1877 in Berlin geboren, befinden. Derselbe ist 1,72 Meter groß, barlos, hat blondes Haar, blaue Augen, längliches, volles Gesicht, er sieht beim Sprechen an, trägt schwarzen Jacketanzug, Stehfragen und auf der linken Hand einen mattgoldenen Ring mit blauem Stein. Schiel soll mit neuem, hellbraunem Anzug bekleidet sein.

Auf einem Neubau ist am Dienstag Nachmittag der 41 Jahre alte Maurer Wilhelm Stern aus der Schönleinstr. 26 schwer verunglückt. Stern besuchte auf dem Grundstück Heiligegeiststraße 29 beim Bau beschäftigte ihm bekannte Maurer und stand mit einem von diesen plaudernd im zweiten Stock an der Brüstung vom Gerüst zum Fahrstuhlschacht. Plötzlich löste sich die Brüstung, die für seine Last zu schwach war, und Stern fiel kopfüber in den Keller hinab. Bei der beträchtlichen Höhe des Sturzes zog er sich schwere Verletzungen am Kopfe zu. Man brachte den Verunglückten zunächst nach der Anfallstraße V in der Bräderstraße und von dort mit einem Wagen der Station in ein Krankenhaus.

Schwundlos aufgefunden wurden Montag Nachmittag und in der Nacht zum Dienstag in verschiedenen Stadtteilen drei unbekannt Männer, je einer im 16., 18. und 27. Polizeirevier. Schuttmänner brachten sie mit Broschüren und Transportwagen ins Krankenhaus. Was mit den Kranken vorgegangen ist und wer sie sind, hat man auch jetzt noch nicht feststellen können.

Durch Ueberfahren wurde vorgestern an der Ecke der Jorndorferstraße und der unbekannt Straße 48 der 1 1/2 Jahre alte Sohn des Schuhmanns Affeld getödtet.

Seinen Verletzungen erliegen ist am Montag Abend im Krankenhaus Friedrichshain der Kapazier Johannes Häpflow, der bei einem Unfall des Berliner Arabergesellschaft gehörigen Dampfers „Germania“ schwer verletzt worden war.

Theater. Das Schiller-Theater hat für die kommende Spielzeit folgende neue Stücke erworben: „Bannina Bannini“, Trauerspiel von Paul Dreyse; „Das Stärkere“, Schauspiel von Carl Gottfried Pauling; „Der König“, Trauerspiel von Richard Woy; „Hans Wurst in Berlin“, von Heinrich Bee. — Die Wiedereröffnung des Deutschen Theaters erfolgt am nächsten Sonntag, den 15. d. M., abends, mit der Aufführung von Hauptmanns „Einsame Menschen“. — Eine Wohlthätigkeitsvorstellung für die Ueberschwemmten findet am Sonnabend im Bellealliance-Theater statt.

Gerichts-Beilage.

Bedeutende Kautionschwindeln beschäftigten am Montag bis in die späten Abendstunden die zweite Ferienkammer am Landgericht II. Die Anklage richtete sich gegen ein abenteuerliches Ehepaar, den Kaufmann und Architekten Richard Wittborn zu Berlin und Banko und dessen Ehefrau, Martha, geb. Erwin. Der Angeklagte Ehemann war aus erklärenden Gründen nicht erschienen. Ihm ist es im entscheidenden Augenblicke gelungen, sich seiner Greisung durch die Flucht zu entziehen. Derselbe soll glücklich nach Amerika gelangt sein und sich in Chicago aufhalten. Frau Wittborn wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt, in welcher dieselbe sich seit Mitte Dezember befindet. Sie ist damals mitten in den Vorkerichtungen zu ihrer Flucht noch abgefaßt worden. Infolge dessen konnte nur gegen sie allein verhandelt werden. Die Anklage legte ihr zur Last, sich in einem Falle der Mithigung und gemeinschaftlich mit ihrem Ehemann in 27 Fällen des Betruges schuldig gemacht zu haben, wozu ebenso viele kleine Deute insgesamt um 25—30 000 Mark geschädigt worden sind. Dem flüchtigen Ehemann liegen noch eine Menge weiterer Schwindeln zur Last, die aber nicht zur Greisung gelangen konnten. Wittborn hatte sich in Panlow ein Gänsschen und Hypotheken darauf erschwindelt und betrieb dort eine Scheinfabrik von Patentleitern, die er unter ungläublicher Reklame anpries. Hauptächlich aber respektierte er auf Kautionsfähige Stellungsucher. Er inserirte in verschiedenen hiesigen Zeitungen, daß er diese und jene Stellung zu besetzen habe, auch trat er mit solchen Personen in Verbindung, die selbst inserirt hatten. Alle Respektanten wurden durch falsche Vorspiegelungen von der Großartigkeit des Unternehmens und dem Reichthum der Firmeninhaber hermannt bestrickt, daß sie unbedenklich dazwischen willigten, daß die gestellte Kautions der Firma „zur freien Verfügung“ überlassen werde. Jeder Respektant konnte sich auch unbeschadet seiner Fähigkeit jede beliebige Stellung wählen. Der 400—800 M. Kautions stellte, wurde Hausdiener, für 1000—2000 M. „junger Mann“, für 3000—4000 M. „Verreter“, „Geschäftsführer“ etc. Wenn die Leute ihre Kautions eingezahlt hatten und in das Geschäft eingetreten waren, vermochten sie wohl die Situation zu übersehen, doch ehe sie sich besinnen konnten, wurden sie wegen nichtiger Ursachen entlassen und bekamen ihre Kautions nicht heraus. Einige wenige hoben einen Theil ihres Geldes durch energisches Vorgehen gerettet, die meisten haben vergeblich geklagt und noch Kosten hinterdrein geworfen. So ist es denn gekommen, daß die armen Opfer um 25—30 000 M. geprellt wurden. Im Jahre 1896 sind laut Ausweis der Bei-Akten gegen die Firma 94 Prozesse geführt und über 100 Pfändungen vorgenommen worden. Die Gerichtsvollzieher gingen täglich in der „Villa“ aus und ein, so daß sich das Schwindelpaar gar nicht mehr in der Wohnung sehen lassen mochte. Dem Dienstmädchen gefiel das auch nicht, als sie aber stehen wollte, da bedrohte sie Frau W. einmal mit dem geladenen Revolver und ein anderes Mal mißhandelte sie der Dienstherr schwer. Die Flucht des Herrn und die Verhaftung der Frau gab dem Mädchen die Freiheit wieder, doch hat dasselbe für längere Zeit ihren Lohn eingebüßt. Die Beweisaufnahme, welche sich auf die Vernehmung von 32 Zeugen erstreckte, ergab, daß die Angeklagte eigentlich die Seele des Geschäftes gewesen ist, soweit die Kautionschwindeln in betracht kamen. Der Gerichtshof sprach sie in 9 Fällen frei, 1 Fall wurde ausgelegt und in 17 Betrugsfällen, außerdem auch bezüglich der Mithigung, erfolgte Verurteilung. Es wurde auf vier Jahre Gefängniß erkannt, wovon vier Monate als verbüßt erachtet wurden.

Fünf Tage Gefängniß hat der Kaufmann Böfke aus Berlin, der gestern vor der zweiten Ferienkammer am Landgericht II stand, angeblich widerrechtlich verüben müssen. Der Sachverhalt stellte sich als ein ganz eigenartiger dar. Angeklagter war von einem Kaufmann in Haderdors als Leiter einer Filiale in Hertzfelde engagirt worden. Er hatte wöchentlich einmal Rechnung zu legen. Eines Tages erschien er nicht zur Rechnungslegung, sein Chef wurde argwöhnisch, ging hin und überraschte den jungen Mann in dem Augenblicke, als dieser seinen gepackten Koffer auf einen Wagen laden ließ, um durchzubrechen. Der Aufreißer gab nun noch 215 M. Geld heraus, in seinem Koffer wurden aber noch diverse Kisten Cigarren und Flaschen Wein gefunden, weshalb er angezeigt und vom Schöffengericht in Haderdors zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt wurde, wovon ein Monat als verbüßt angerechnet wurde. Das Strafmaß war so niedrig bemessen worden, weil sich heraus-

stellte, daß der Angeklagte Epileptiker und außerdem morphium-süchtig ist. Trotzdem legte der Staatsanwalt Berufung ein, weil nicht auf eine höhere Strafe erkannt worden war. Angeklagter trat seine Strafe sofort an und hat in der Zwischenzeit einen Monat und fünf Tage verbüßt, obwohl er nach Anrechnung des einen Monats nur noch einen Monat zu verbüßen hatte. Woran es liegt, daß der Angeklagte fünf Tage länger im Gefängniß sitzen mußte, als wie ihm von rechts wegen zukam, ob etwa darauf gerechnet wurde, daß die Strafe in zweiter Instanz doch erhöht werden würde, ist nicht zur Greisung gelangt. In gestriger Sitzung wurde nun aber festgestellt, daß der Angeklagte in Folge eines vorangegangenen Krampfanfalles lediglich koplos gehandelt, auch daß er seinen Chef nicht geschädigt hat, daß er eigentlich selbst noch etwas herausbekommen wüßte, was den Staatsanwalt bewog, seine Berufung zurückzuziehen. Damit ergab sich aber das verzwicelte Verhältniß, daß der Angeklagte fünf Tage zuviel gefessen hat. Eine Untersuchung wird hoffentlich ergeben, wer schuld an diesem angeblichen Versehen ist.

Wegen Unterschlagung erheblicher Summen stand gestern der Kassirer des Unterhütungsvereins deutscher Futtmacher, Guttmacher Kempe, vor der Ferien-Strasskammer des Landgerichts I. Der Angeklagte war hier als Kassirer der Berliner Filiale des genannten Unterhütungsvereins und ist gefänglich im Laufe von 3 Jahren über 9000 M., darunter auch Streigelder, die er zu verwalten hatte, unterschlagen zu haben. Kempe bezog ein Gehalt von 1600 M. und ericnte sich des vollsten Vertrauens seiner Arbeitsgenossen. Wo das Geld geblieben ist, konnte durch die Verhandlung nicht aufgeklärt werden. Der Angeklagte, der Vater zweier Kinder im Alter von 14 und 15 Jahren ist, wurde zu 1 1/2 Jahren Gefängniß verurtheilt.

Ein Schwindler, der besonders den Dienstmädchen gefährlich geworden ist, stand gestern in der Person des Provisions-reisenden Paul Wiese vor der Ferien-Strasskammer des Landgerichts I. Der Angeklagte hat den Versuch, für hiesige Photographen Kunden zu sammeln und pflegte solche in erster Reihe auf den Hintertreppen der Häuser, bei dem Küchenpersonal, zu suchen. Er fand sie dort auch in Massen. Er führte sich mit den bekannten Gutscheinen ein, in welchen den zu erwerbenden Kunden gegen Anzahlung von 2 Mark besonders billige Bezugspreise bei photographischen Aufnahmen unter Anrechnung der Anzahlung versprochen wurden. Nach den mit dem Photographen getroffenen Abmachungen sollten die 2 M. die Provision des Angeklagten darstellen, der von den erworbenen Kunden zu zahlende Rest aber in die Kasse des Photographen fließen. Der mit großer Zungenfertigkeit ausgehaktete Angeklagte hat es verstanden, leichtgläubige Dienstmädchen zu photographischen Aufträgen zu überreden, indem er ihnen den Glauben beibrachte, daß außer der Anzahlung weitere Zahlungen nicht zu leisten seien, der erworbene Gutschein vielmehr ein Anrecht auf den Bezug von einem Duzend Photographien gewähre. Wenn dann die Mädchen im Sonntagstaat und mit besonders freundlichem Gesicht in den betreffenden Ateliers erschienen, fielen sie aus allen ihren Himmeln, denn sie mußten sich überzeugen lassen, daß sie von dem Angeklagten grob getäuscht worden waren. Sechzehn Dienstmädchen, die in dieser Weise geschädigt worden waren, traten gestern als Zeugen gegen den Schwindler auf, der zunächst einige Witzelzüge machte, schließlich aber zu einem Geständnisse sich bequemen mußte. Da er schon vorbestraft ist, beantragte der Staatsanwalt gegen ihn 3 Jahre 2 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Der Gerichtshof erkannte auf 3 Jahre Gefängniß und 5 Jahre Ehrverlust.

Daß in den Bazaren und besonders bei Wertheim die Diebstähle kein Ende nehmen, trotzdem die Zuhaber besondere Aufsichtsbearbeiter angestellt haben, welche das Publikum zu überwachen haben, bewies die Verhandlung, welche gestern vor der zweiten Ferienkammer des Landgerichts I stattfand. Aus der Untersuchung wurden zwei Schwestern, die unverheirateten Martha und Anna Keller vorgeführt. Sie wurden am 15. Juli d. J. bei einem Diebstahl im Wertheim'schen Bazar erfaßt. Eine Durchsuchung ihrer Wohnung förderte eine Menge Sachen zu tage, die aus dem Wertheim'schen Geschäft stammten, das Verzeichniß führte 46 Nummern auf. Die Angeklagten räumten je 5 Fälle ein, für welche der Staatsanwalt eine Gefängnißstrafe von je sechs Monaten in Antrag brachte. Das Urtheil lautete gegen Martha Keller auf sechs, gegen Anna Keller auf vier Wochen Gefängniß, wovon je zwei Wochen durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurden.

Um sich Morphium zu verschaffen, hat sich der Kaufmann Erich Löpfer zur Fälschung von Rezepten verurtheilt lassen. Löpfer ist seit 6 Jahren dem Genuß von Morphium ergeben. Als sein Arzt es für gerathen hielt, ihm das gefährliche Mittel nach und nach zu entziehen, schrieb Löpfer selbst drei Recepte nach einem vorhandenen Original und schrieb den Namen des ihn behandelnden Arztes darunter. Die Staatsanwaltschaft erblickte hierin eine schwere Urkundenfälschung, da angenommen wurde, daß der Angeklagte sich einen rechtmäßigen Vermögensvorteil verschaffen wollte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Braß stellte die Behauptung auf, daß ein Morphiumist, dem das Morphium vorenthalten werde, in einem Zustand gerathe, der ihm die Herrschaft über seine freie Willensbestimmung raube. Der medizinische Sachverständige wollte nur zugeben, daß bei einer solchen Verhinderung die Zurechnungsfähigkeit dadurch beeinträchtigt werde, weil sie von einem wahren Heißhunger nach dem Morphium ergriffen werde, aber dies gehe doch nicht so weit, daß man sie nicht für die von ihr begangene Handlung verantwortlich machen könne. Allerdings wüßte er hinzuzufügen, daß der Direktor der maison de santé auf einem anderen Standpunkt stehe, derselbe halte jeden Morphiumisten, welcher mit der Enthaltungsetz zu kämpfen habe, für unzurechnungsfähig. Der Staatsanwalt hielt eine einfache Urkundenfälschung für erwiesen und beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von einer Woche; der Verteidiger beantragte die Ladung eines zweiten Sachverständigen. Der Gerichtshof lehnte diesen Antrag ab und erkannte nach dem Antrage des Staatsanwaltes auf eine Woche Gefängniß.

Die falsche Auslegung der neuen Polizeiverordnung vom 10. Oktober 1896 seitens der Exekutivbeamten tritt immer neue Beispiele, wie die Berliner Schenkleute über den Wirthschaft der Verordnung im Unklaren sind, obwohl das königl. Polizeipräsidium besondere Instruktionen für die Ausschichtbeamten ertheilt haben soll. Der Gastwirth Wegener in der Prinzenstraße erhielt aus § 8 der Verordnung einen Strafbefehl, weil während des Hauptgottesdienstes am zweiten Pfingstfeiertage die zu seinem Lokale führende Thür nicht geschlossen war. Dagegen wurde richterliche Entscheidung beantragt, die vor der 146. Abtheilung Amtsgerichts I zu einer Freisprechung führte. Nach § 8 der Verordnung müssen die Schenkwirthe, bei denen vorwiegend Branntwein verschänkt wird, während des Hauptgottesdienstes an Sonn- und Feiertagen die Ladenthüren geschlossen halten. Da nun der betreffende Sektions-Schymann wiederholt in der Woche die Beobachtung gemacht hatte, daß sich die Fabrikarbeiter des Morgens ihren Tagesbedarf an Branntwein aus dem Geschäftsfokale des Angeklagten in Flaschen mitnahmen, so bildete diese Thatsache die Grundlage zu seiner Anzeige. Rechtsanwalt Dr. Schöpf wies nun darauf hin, daß der Beamte wohl gesehen habe, wie Wegener Branntwein „verkauft“, aber nicht bekunden konnte, ob der Angeklagte vorwiegend Branntwein „verschänkt“. Wenn ein Gastwirth nebenbei einen Kleinhandel mit Branntwein betreibt, so bedinge dieser Umstand noch nicht einen überwiegenden Ausschlag von Branntwein. Demnach beruhe die Anzeige auf einer Unkenntnis und falscher Auslegung der neuen Polizeiverordnung. Dieser Ansicht konnte sich der Gerichtshof nun anschließen, weil die Beobachtungen des Schymannes sehr ungenau und rechtsirrig waren. Der Beamte konnte nicht bekunden, daß an einem bestimmten Tage eine überwiegende Anzahl Gäste das Lokal nur deshalb besuchten, um dort Branntwein zu

trinken; die Voransetzungen des § 8 der Verordnung waren daher nicht erfüllt und mußte nach dem Antrage auf Freisprechung erkannt werden.

Die Gelegenheit Diebe macht. Auf seine kindische Neugierde führte der 14-jährige Bube Karl S., der gestern wegen Diebstahls vor der Ferienkammer stand, eine recht leichtsinnige That zu. Der Junge ist als Bube in dem „Neuen Klub“ angestellt, der seit etwa zwei Jahren hier besteht und in der Prinzenstraße seine Sitzungen abhält. In dem Vorraum der Klublokalitäten ist eine Tafel angebracht, welche dazu bestimmt ist, etwaige für die Klubmitglieder erhebende Briefschaften aufzunehmen. Am 8. Juli ließ für Herrn Doktor Neumann ein ziemlich großer Brief bei dem Hausmeister des Klubs ein und dieser legte den Brief an die Tafel, obwohl er sich seinem ganzen Umfange nach wenig für diese Art der Bestellung eignete. Der Kassirer Dr. Wiener bemerkte den Brief an der Tafel und rügte dem zufällig anwesenden Buben gegenüber, daß eine Sendung solchen Umfanges in dieser Weise öffentlich ausgelegt werde. Der Junge nahm den Brief von der Tafel, beförderte ihn aber nicht an seine Adresse, sondern steckte ihn zu sich. Nach seiner Behauptung hat er ihn dann geöffnet, weil er neugierig gewesen sei, „was sich solche seinen Herren eigentlich schreiben“. Er entdeckte dann, daß der Brief mit 20 Mk. 50 Pf. und 2 Mark 50 Pf. ein beschriftet war und konnte nun der Verführung nicht widerstehen, sich diesen Schatz anzueignen. Er steckte eine Trochse und fuhr nach dem Koppelpfad. Einen Hundertmarkschein hatte er schnell gewechselt und 20 M. für sich behalten, den Rest von 1180 M. vergrub er am Koppelpfad. Da er aber beschränkte, daß er beobachtet worden sei, nahm er das Geld wieder heraus und vergrub es auf der Museuminsel. Am nächsten Tage war das Verschwinden des Briefes bekannt geworden und der Verdacht lenkte sich auf den Angeklagten, der sofort den ganzen Sachverhalt einräumte, als er auf der Polizei ins Gebet genommen wurde. Das Geld ist dann auch an der von ihm genau bezeichneten Stelle bei der Nationalgalerie aufgefunden worden. Da der Gerichtshof meinte, daß der junge Bursche weniger aus ausgeprägter verbrecherischer Reigung, als vielmehr durch den Zufall verführt, den Hehltritt begangen habe, verurtheilte er ihn nur zu einem Monat Gefängniß, entließ ihn aber vorläufig aus der Haft, da der etwaige Strafvollzug doch erst in eine spätere Zeit fallen würde.

Gefährlich-Mythologie. In der unter dieser Spalte kürzlich gebrachten Gerichtsverhandlung schreibt uns die Firma Dirsch, Jante u. Ko.: In einer der letzten Nummern Ihres geschätzten Blattes bringen Sie in der Spalte „Gerichtssaal“ eine Verhandlung, welche sich mit den Thatsachen nicht deckt. Zunächst heißt der Herr Dr. Schott in Jena in den Handel gebrachte Zylinder nicht „Jena“, sondern Jener Gasflüßlich-Zylinder“ und in diese Marke aus dem Grunde nicht schreiberechtigt, weil Ortsnamen keine Eintragung in die Musterrolle des Patentamtes erfahren können, hingegen ist der Name „Jana“ zur Eintragung in die Musterrolle von uns angemeldet und gelangt auch zur Eintragung. Es ist ferner unrichtig, daß der Name „Jana“ für unseren zweitheiligen Zylinder von den Herren Adolf Dirsch, Karl Jante und Max Rosenthal gegeben worden ist, vielmehr wurde der zweitheilige Zylinder von dem Fabrikanten, Herrn Frh Deimel, auf dem Wege erworben und von diesem Fabrikanten hat auch der Zylinder den Namen „Jana“ zugehört bekommen. Herr Frh Deimel war als Zeuge zu dieser Gerichtsverhandlung geladen und hat auch diese Thatsachen unumwunden zugegeben. In Ihrem Artikel ist ferner übersehen worden anzuführen, daß der gerichtliche Sachverständige, Herr Karl Dohy, zur Begutachtung hinzugezogen worden ist und zu gunsten der Angeklagten entschieden hat. Ein seitens der Verklagten gestellter Antrag auf Ladung eines weiteren Sachverständigen bezog sich nicht darauf, um über die Namensverwechslung ein Urtheil zu fällen, vielmehr soll konstatiert werden, daß der zweitheilige Zylinder, aus der Fabrik der Herren Dirsch, Jante u. Ko. stammend, in der Qualität denjenigen der Herren Schott und Genossen nicht nachsteht.

Vielleicht äußert sich die Rechtskorrespondenz, welcher wir die Mittheilungen über die betreffende Verhandlung entnehmen, zu dieser Wichtigkeit.

Vor der Strafkammer zu Wiesbaden hatte sich dieser Tage der russische Baron Th. v. Ungern-Sternberg wegen Vertrages zu verantworten. Er ist 39 Jahre alt, der Sohn einer reichen Familie in Russland, studirte Naturwissenschaften und hat angeblich große Forschungsreisen ausgeführt. In einem Wiesbadener Hotel lernte er den Grafen v. Bernhorff aus Neckenburg kennen, von dem er unter Verschwendung seiner Thatsachen 5000 M. entlieh, seine Hotelrechnung belief sich bei seiner Abreise auf 8125 M., und außerdem hat er noch mehrere Geschäftsleute um größere Beträge geprellt, so daß die Gesamtsumme, weshalb er sich zu verantworten hatte, sich auf etwa 18 000 M. belief. Er wurde längere Zeit flechtbrieflich verfolgt und endlich in Montreux ermittelt. Seit einigen Jahren ist v. Ungern-Sternberg morphium-süchtig, so daß sein ganzer Körper von den vielen Einspritzungen mit Wunden bedeckt ist und er sich deshalb schon in Russland befand. In der Gerichtsverhandlung schätzte er dieses Leiden vor, um als unzurechnungsfähig zu erichnen. Dazu rieth ihm sein Vater, welcher ihm schrieb: „Man wird Dich freisprechen, wie das in Westeuropa immer der Fall ist.“ Die Sachverständigen erklärten den Angeklagten nicht für gestraft. Es wird ihm besonders zum Vorwurf gemacht, daß er dem Grafen Bernhorff gegenüber seine zweite Frau (von seiner ersten ist er geschieden) als eine Tochter des Marquis Londoubery bezeichnet und seinen Gläubigern vorschwand, er besäße Stellen mit hohen Einkünften. Die Staatsanwaltschaft beantragte 2 Jahre Gefängniß, das Gericht erkannte auf Freisprechung, indem es zwar nicht Gerechtigkeit annahm, aber andererseits auch die Absicht, sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, für nicht nachgewiesen erachtete.

Eine der neuesten Reichsgerichts-Entscheidungen kam gestern einer blutarmen Frau zu gute, die vor der II. Ferienkammer am Landgericht II stand. Frau Margarethe Schulz in Charlottenburg hatte von dem Kaufmann Rolte daselbst 19 Duzend Schürzen zur Fertigstellung erhalten. Als der Lieferungsstag gekommen war, lieferte Frau Schulz nur sechs Duzend und versprach, den Rest später zu liefern. Der Kaufmann befand aber auf gänzliche Anlieferung, denn er hatte bereits erfahren, daß Frau Schulz den Stoff verfehlt hatte. Die Frau lieferte aber nicht und nach einiger Zeit erhaltete der Kaufmann Anzeige. Bei einer demnach vorgenommenen Hausdurchsuchung wurde der Stoff in der Wohnung der Frau wiedergefunden. Sie hatte denselben inzwischen eingelöst. Trotzdem die Frau vor dem Charlottenburger Schöffengericht glaubhaft machte, daß sie aus bitterster Noth gehandelt und die feste Absicht gehabt habe, den verpänderten Stoff wieder einzulösen, wurde sie doch zu vier Wochen Gefängniß verurtheilt. Sie legte Berufung ein und erzielte damit ihre völlige Freisprechung. Die Strafkammer entschied, daß die jüngste Reichsgerichts-Entscheidung (Band 2, S. 25 ff., Bd. 9, S. 388), nach welcher die zur Unterschlagung gehörige rechtswidrige Zueignung dann nicht vorhanden ist, wenn die Verpändung in der ernstlichen Absicht geschieht, die Sache wieder einzulösen und in dem Bewußtsein, dazu jeder Zeit im Stande zu sein, hier Anwendung finden müsse, weshalb sich die Freisprechung rechtfertige.

Verfammlungen.

Die Vergolderinnen der Firma Ad. Werkmüller, 11 an der Zahl, haben in der vorigen Woche die Arbeit niedergelegt, weil es ihnen nicht möglich ist, mit dem Material, welches sie zur Verarbeitung erhalten, die geforderte Arbeitsmenge fertig zu stellen. Vorstellungen beim Werkführer und beim Chef hatten keinen Erfolg, vielmehr wurde den Arbeiterinnen bedeutet, wenn sie mit dem Material nicht auskommen könnten, sollten sie gehen. Das geschah denn auch. Eine am Montag abgehaltene Versammlung von Vergoldern und Vergolderinnen beschäftigte sich mit dieser Gelegenheit. In der lebhaften Diskussion wurde seitens der Ge-

Fachverein der Holz- und Bretterträger

Berlin und Umgegend.
Am Sonntag, den 15. August, vormittags 10^{1/2} Uhr, im Lokal des Herrn Ewald, Schönleinstr. Nr. 6:
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des gesammten Vorstandes.
3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Besuch bittet
Der Vorstand.
64/13

Achtung! Former. Achtung!

Donnerstag, den 12. August, abends 8 Uhr,
im „Louisenstädtischen Konzerthaus“, Alte Jakob-Str. Nr. 37:
**Große öffentliche Versammlung
der Former und Gießerei-Arbeiter.**
Tages-Ordnung:
1. Der Streit bei der Firma Rössemann & Kühnemann.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen pünktlich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann: Karl Jrgang.
167/18

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Donnerstag, den 12. August, abends 8 Uhr:
**Versammlung der Plakdeputierten
bei Buske, Grenadierstr. 33.**
Das Erscheinen aller Plakdeputierten ist notwendig.
Die Lohnkommission.
276/1

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Donnerstag, den 12. August, abends 9 Uhr, im Saale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c (unterer Saal):
**Oeffentl. Versammlung
der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter**
Berlin und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Der in Zürich tagende internationale Kongress für Arbeiterdrehung. Referent Genosse Wagner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
30/14

Verband der Fabrik-, Land-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Donnerstag, den 12. August, abends 8 Uhr, im Lokal des Herrn Bergmann, Basewalderstr. 3:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Der Kampf um den Nordpol. Referent: Dr. Joël. 2. Diskussion.
3. Kassenbericht. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen, Eure Pflicht ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Gänge willkommen. Die Bevollmächtigten.
NB. Wegen der Länge des Vortrags muß die Versammlung pünktlich eröffnet werden, also erscheint zahlreich und pünktlich.
64/13

Schuhmacher.

Donnerstag, den 12. August:
**Gr. Dampferpartie mit Musik
(drei Dampfer)
nach Rauchfangswerder bei Hankel's Ablage**
Vokal des Herrn Ratkowsky.
Abfahrt morgens 7 Uhr vom Restaurant „Parilla“, Jannowitz-Brücke.
Billet für Hin- und Rückfahrt 1,25 M. pro Person.
Billet sind bei den bekannten Kollegen zu haben.
F. K. Schral, Große Frankfurterstr. 42.
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf von frisch gef. Fleisch.
Rindfleisch . . . pro Pf. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . 40 Pf. [2125] L.
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Aluminium-Gebisse, Kautschuk-Gebisse

Preis per Zahn inkl. Platte 4 Mark
Preis per Zahn inkl. Platte 3 Mark
Plomben 1,50 M., Zahnziehen 1 M.
Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer Zähne (Vordag- od. Chloroformnarkose) im Beisein eines Arztes 6 Mark.
Waldemar und Reinhold Haupt,
Brunnenstr. 18 II,
Frankfurterstr. 113 II.
Nährsalz für Säuglinge zur besseren Verdauung d. Milch v. 30 Pf. an. Allein z. haben b. H. Graefe, Berlin N., Steintorstr. 63, Ecke Badstr.

Bahn-Atelier.

Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocain, Chloroform, Chloroform und Vagabond unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung umsonst; Vaterszahlung gekattet, Woche 1 M.
Guckel, Danziger Platz 2,
Grafenstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Darlehen „Zpartasse“ d. Schlef. Credit u. Hyp.-Bankges. K. Kallus, Breslau. Statut geg. 40 Pf.

Sozialdem. Wahlverein f. Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse Buchbrüder
August Kripsstädt
(Charlottenburg) am Montag, den 9. August, verstorben ist.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. d. Mts., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Louisenkirchhofs, Charlottenburg-Defend, Fürstendammweg, aus statt.
Der Vorstand.

Codes-Anzeige.

Am Montag, den 9. August, nachmittags 2^{1/2} Uhr, verließ nach kurzem, aber schweren Leiden unser lieber kleiner

Hans.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. August, nachmittags 4^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Louisenkirchhofs, Köpenickerstr., aus statt.
Diese Trauernachricht allen Freunden, Verwandten und Bekannten mit der Bitte um stilles Beileid.
Robert Basewaldt nebst Frau. Weihensee.

Berliner Heilgehilfen-Verein.

Der Kursus zur Vorbereitung zur Heilgehilfen- und Pfleger-Prüfung wird eröffnet am
Dienstag, d. 21. September cr., nachm. 5 Uhr, Wallstr. 91 L.
Anmeldungen dort und beim Vorstehenden Herrn Heilgehilfen S. 5 h. Maderstr. 142 II.; und Herrn Heilgehilfen K. 1 s. r., Wasserbörserstr. 10/11, part. 2.
Erlaube mir ergebenst anzuzeigen, daß ich vom 8. d. M. ein Blumen-geschäft in der M. 22 eröffnet habe.
Wohnungen von 3, 2, 1 Stube, Küche, Zubehör, einzelne Stuben, Stallung, Remisen, Boarkeller, Müllg.
Frankfurter Allee 16. [34199]

Arbeitsmarkt.

**Arbeitsnachweis
der Töpfer Deutschlands.**
Berlin, Rosenhallerstr. 57,
Zweiter Eingang Gormannstr. 57.
Unverheiratete Töpfer werden sofort verlangt. 3 Mann nach Stendal, 1 Mann nach Klein a. Od. und 1 Mann nach Kottb. 106/6

Zug von Formern und Sternmachern

ist nach der Firma Rössemann & Kühnemann, Berlin, streng fernzuhalten. 63/2

Achtung, Holzarbeiter!

Infolge ausgedehnter Differenzen ist der Zug von Modellstichlern, Weißstichlern und Drechsler von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, Brunnenstr. 107a, streng fernzuhalten. 100/19

Achtung! Achtung! Holzarbeiter.

In der Modellfabrik von Wöhlert u. Schwab, Gr. Frankfurterstr. 16, haben 18 Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. Zugus ist fernzuhalten.
In der Köpenicker-Modellsticherei von Henkel, Kulkamerstr. 33, dauert der Streit fort. 100/16
Kartons Arbeiterinnen, geübte, verk. M. Wolf, Neue Friedrichstr. 48.

Brauerei-Fahrer

als Mitfahrer, der möglichst schon auf Brauerei gefahren, wird sofort verlangt. Offerten sub M. 2 Exp. d. Stg.

Schmiede

zum Kochen und Schweißen von Rüstern, nur eingearbeitete, sucht Paquonischmiede Berlin, Reinholdenborferstr. 64a. 35355

Einen Schleifer

sucht die Silberwaaren-Fabrik Sebastianstr. 84.
Tüchtige Holzschmiede, solche, die am Trampelhammer gearbeitet haben, bevorzugt, verlangt Berg u. Schenker, Scharfendammstr. 10, 1. R. 45/46. 35376

Plätterinnen

auf Siedtrögen u. Maniketten in u. außer dem Hause sucht M. Treppe, Voßringstr. 16, Quergeb. 4 Tr.

Mamells auf leichte Fodris, 1 M. bis 1,30 verlangt Guth, Plantagenstr. 41, I., Röllnerstr. 25a part.

Tüchtige Farbigmacher

auf gute Polierarbeit, aber nur solche, verlangt E. Beer, Niddorf, Prinz Handjerystr. 73.

Tüchtige Tischlergehilfen werden verl. Feldmann & Wegner, 53406 Belle-Alliancestr. 84.

1 tücht. Polier auf gute Möbel w. verl. Feldmann & Wegner, 53415 Belle-Alliancestr. 84.

Die Geschäftsräume des

Waarenhauses J. Becker & Co.

Wrangelstr. 20, Ecke Pücklerstrasse

in Manufaktur- und Modewaaren, Kurz-, Weiss- und Wollwaaren, Teppichen, Gardinen, Läuferstoffen, Tisch-, Leib- und Hauswäsche, Glas, Porzellan und Steingutwaaren, Kücheneinrichtungen etc. sind eröffnet.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Porzellan

Proben u. Preislisten portofrei.

Versand-Abteilung
Berlin W.
Leipzigerstr. III.

Mit Streublumen:
Vorratsstollen mit Aufschrift 45 Pf.
Flaschen für Essig und Oel 50 Pf.
Salz- u. Mehlresten mit Holzrückwand und Deckel 1,25 Mk.
Speiseformen (Melonen) 65 Pf.
Flaschentrichter 32 Pf.
Kaffeetrichter 40 Pf. Reiben 95 Pf.
Vorlegelöffel mit Holzstiel 23 Pf.
Durchschläge 60 Pf. Brotplatten 45 Pf.

Speiseformen, blau Zwiebelmuster 60 Pf.
Vorlegelöffel, blau Zwiebelmuster, mit Holzstiel 20 Pf.
Durchschläge, blau Zwiebelmuster 45 Pf.
Löffelkörbchen mit Streublumen 30 Pf.
Leuchter, Blumenmuster 23 Pf.
Salztöpfe mit Sprüchen, 6 Stück 1,35 Mk.
Eisschaalen, Blumenmuster 12 Pf.

Kaffeetassen mit Goldband 15 Pf.
Kaffeetassen, grosse Form, mit Blumenranken 18 Pf.
Kaffeetassen, Rokokoform, mit Streublumen 23 Pf.
Kindertassen mit Aufschrift 9 Pf.
Milchtöpfe mit Blumen 9 Pf.
Milchtöpfe, weiss 15 Pf.

Kaffeeservices, Blumenmuster, für 6 Personen, 8 Teile 2,35, 9 Teile 2,60 Mk.

Glas		Thee- u. Biergläser		Teller	
Wassergläser 5 Pf.	Thee- u. Biergläser mit Fuss, geschliffen 18 Pf.	Teller 10 Pf., mit Schrift 8 Pf.	Kompostschaalen 6, 10, 15, 18, 25, 28, 42 Pf.		
Sellergläser, Rankenmuster, 10 Pf.	Bierbecher, gepresst, 10 Pf.	Küchenkante Rolle von 10 Meter 18, 25, 35 Pf.			
Sellergläser, farbiges Eisglas 12 Pf.	Biertulpen, geschliffen, 22 Pf.	Kaffeemühlen, Eisen, 1,05, 1,15, 1,30 Mk.			
Emaill-Schüsseln, weiss, rund					
Durchm. ca. 16 20 24 28 32 36 40 cm		Theesiebe, Weissblech 5 Pf.		Salznäpfchen mit vernickeltem Teller u. Löffel 9 Pf.	
15 23 30 38 46 54 62 70 Pf.		Emaill-Wannen, marm., oval		Fensterleder 48 Pf.	
Länge ca. 45 50 55 60 cm		Emaill-Näpfe, weiss, tief		Hand-Waschbürsten 5 u. 8 Pf.	
1,55 1,85 2,30 2,80 Mk.		Durchm. ca. 14 16 18 20 cm			
Emaill-Esslöffel, weiss, 7 Pf.		25 30 36 45 Pf.			
Messing-Einmachekessel		Durchm. ca. 20 22 24 26 28 30 32 cm			
Küchenbretter mit Griff, Buche		2,20 2,65 3,- 3,65 4,20 4,85 5,40 Mk.			
Länge ca. 28 31 35 40 48 55 cm		10 15 23 32 55 80 Pf.			

Warenhaus A. Wertheim